

mo



MAGAZIN FÜR
MENSCHENRECHTE NR. 65

MA 35
FACEBOOK-AUFSTAND

SCHWESTER ANDREAS
DIE UTE-BOCK-PREISTRÄGERIN
IM GESPRÄCH

TOXISCHE GEWALT
LAST EXIT
FRAUENHAUS



**BISCHOF GLETTLER
ÖSTERREICH IM
WANDEL**



Was MO-Kolporteur*innen erleben

Illustration: P.M. Hoffmann, Text: Thyra Veyder-Malberg



JETZT SPENDEN!
IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590
BIC: BAWAATWW



Foto: Diözese Innsbruck/Aichner

Österreich im Wandel. Bischof Hermann Glettler im Gespräch.

Liebe Leserin Lieber Leser

Österreich hat sich in den vergangenen Jahrzehnten durch die Globalisierung, durch den EU-Beitritt und durch Migration deutlich verändert. Einige werden das als plurale und bereichernde Entwicklung ansehen, andere als Heimatverlust und neue Unübersichtlichkeit. Wir wollten das in dieser Ausgabe nicht bewerten, sondern herausfinden, wie wir als Gesellschaft mit diesen Veränderungen umgehen und warum uns das nicht immer leicht fällt. Und wie stellen sich Institutionen wie die katholische Kirche darauf ein, die lange praktisch für die gesamte Bevölkerung gesprochen hat? Der Innsbrucker Bischof Hermann Glettler erweist sich dabei als durchaus offener Gesprächspartner, der eine Sensibilität für den Wandel unserer Zeit und eine mitunter neue Rolle für sein Haus hat. Einen Besuch hat Antonia Gössinger der Ute-Bock-Preisträgerin Schwester Andreas im Kloster Wernberg in Kärnten abgestattet. Das Ergebnis ist ein absolut lesenswertes Gespräch mit einer Frau, die sich unerschrocken und unermüdlich gegen die Mächtigen und für Menschlichkeit einsetzt. Und noch eine Bemerkung zu den Ausgangsbeschränkungen für alle, die sich, warum auch immer, bis jetzt nicht impfen ließen. Da die Maßnahme kurz vor unserem Drucktermin beschlossen wurde, sei an dieser Stelle gefragt, ob die Spaltung der Bevölkerung anhand des Impfstatus wirklich der Weisheit letzter Schluss ist? Auch demokratiepolitisch, was kommt als nächstes?

Gunnar Landsγγελ, Chefredakteur



Foto: Christine Weinberger



Foto: Martin Juen



Foto: Gunnar Landsgesell

Einstieg

2 CARTOON

MO-Kolporteur*innen: Lesen gegen Langeweile.

3 EDITORIAL

6 NACHGEFRAGT ...

bei Prof. Rüdiger Lohlker über die „Islamlandkarte“.

7 HANDLUNGSBEDARF

Wie steht es um die „Werte“ der türkisen ÖVP?

Dossier: Österreich im Wandel

8 KÖNNEN NICHT MEHR VON CHRISTLICHER VOLKSKIRCHE AUSGEHEN

Bischof Hermann Glettler sieht die Kirche in einer pluraler werdenden Gesellschaft gefragt.

11 DARF DAS CHRISTKIND IN DEN KINDERGARTEN?

Wie interkulturell sind Kindergärten?

14 NEHMT DER POLITIK DAS RELIGIONSTHEMA!

Warum ist die Trennung von Staat und Religion so ein emotionales Thema? Ein Kommentar von Daniela Ingruber

16 WIR BRAUCHEN KLARHEIT

Sabine Matejka, Präsidentin der Richtervereinigung, fordert eine gesetzliche Verankerung des Neutralitätsgebots bei Gericht.

18 DIE MENSCHEN WOLLEN FÜR SICH SELBST SPRECHEN

Die Psychoanalytikerin Rotraud Perner im Gespräch.

Welt

20 ANGST KENNE ICH NICHT

Die Ute-Bock-Preisträgerin Schwester Andreas im Gespräch über ihren unermüdlichen Einsatz.

24 FACEBOOK-AUFSTAND GEGEN DIE MA 35

Sigal Dvir, selbst Betroffene der Missstände am Magistrat, hat eine Protestbewegung losgetreten.

27 EIN JAHR NACH TINA

Wie geht es Kindern, die abgeschoben werden? Und was ist seit dem Bericht der Kindeswohlkommission passiert?

30 LAST EXIT FRAUENHAUS

Der Verein Autonome Österreichische Frauenhäuser hilft von Gewalt betroffenen Frauen.

33 IMPRESSUM

34 CITY OF DIASPORA

Die Performance-Künstlerin Stefanie Sourial sieht Wien mit anderen Augen.

36 „NOCH IST KEIN METER BETONIERT“

Der Widerstand gegen die ökologischen Torheiten „Lobautunnel“ und „Stadtstrasse“ geht weiter. Auch im Winter.

Rubriken

39 NEUES AUS DER PARALLELGESELLSCHAFT

Das Patriarchat diskutieren. Auch wenn es unbequem wird.
Kolumne: Nour El-Houda Khelifi

40 KOLUMNEN

Martin Schenk: Kopf, Hand, Fuß, Herz
Philipp Sonderegger: DSN: Mehr als ein Türschild?
Clara Akinyosoye: Vertane Chance

42 MEDIEN

Die Menschen von Scheibbs / Im Spiegelsaal / Respect / Slavery

45 SOS MITMENSCH: NEWS

Humanitäres Aufnahmeprogramm wiederbeleben!

46 ANDERE ÜBER ...

Sashi Turkof, Präsidentin der Jüdischen Hochschüler*innen, über die Umbenennung von Wiener Straßennamen.

EINE WARME MAHLZEIT AM TISCH UND

jede Menge Wärme im Herzen

Ein festliches Weihnachtsessen – das ist nicht für alle Menschen in Österreich eine Selbstverständlichkeit. Das dritte Jahr in Folge veranstaltet dm drogerie markt gemeinsam mit BIO AUSTRIA im Dezember für mehr als 1.000 wohnungs- und obdachlose Menschen weihnachtliche Festessen mit hochwertigen Bio-Zutaten. Das liebevoll zubereitete Menü wird Jahr für Jahr sehr geschätzt, noch mehr aber das feierliche Zusammensein.

EIN
UNTERSETZER
ZU JEDER
5€
SPENDE!

Die dm Weihnachtsaktion „Festessen für 1.000 obdachlose Menschen“ genießt bei Wärmestuben und Notschlafstellen, bei dm Kundinnen und Kunden sowie bei Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern große Beliebtheit. Denn viele wissen, dass es zahlreiche Ursachen gibt, warum Menschen in eine Abwärtsspirale geraten, und dass niemand davor restlos gefeit ist. Nach den Erfolgen der Vorjahre lädt dm also auch heuer soziale Einrichtungen in allen Bundesländern ein, gemeinsam ein stimmungsvolles Essen für ihre Klientinnen und Klienten umzusetzen. Dafür

spendet das Unternehmen Produkte aus dem Bio-Sortiment sowie Dekoration. Der Verband BIO AUSTRIA ergänzt die Einkaufsliste um Frischwaren. Um Wege zu sparen, werden die benötigten Produkte von umliegenden dm Filialen sowie Bio-Bäuerinnen und Bio-Bauern zu den Küchen im ganzen Land geliefert. Dort kochen Mitarbeiter der Wärmestuben und mit Unterstützung von dm Mitarbeitern die Drei-Gänge-Menüs. dm stellt dafür pro Jahr einen zusätzlichen Urlaubstag für den guten Zweck zur Verfügung – den „mehr vom Leben Tag“.

MOMENTE {MITEINANDER} GENIEßEN

2020 war für die ganze Welt ein Ausnahmezustand. Für armutsbetroffene und vor allem obdachlose Menschen war die Situation besonders dramatisch. Genau deshalb fanden die geplanten Festessen im vergangenen Jahr trotzdem statt. Lediglich die Mithilfe der dm Mitarbeiter musste abgesagt werden und die Einrichtungen fanden individuelle Lösungen, wie sie die Covid-Bestimmungen einhalten konnten. „Heuer ist das gemeinsame Kochen und ein feierliches Zusammensitzen hoffentlich wieder möglich. Denn wir wissen, dass neben einer Mahlzeit vor allem einige Stunden ohne Sorgen und in guter Gesellschaft besonders wertvoll für die Menschen sind“, sagt dm Geschäftsführer Harald Bauer.



► Produktübergabe in Wels (v. l.): Michael Schuster (dm Gebietsmanager) und Gertraud Grabmann (Obfrau BIO AUSTRIA) mit Bettina Reichhold und Petra Wimmer (beide Soziales Wohnservice Wels).

HELFE SIE MIT: SPENDEN SIE 5 EURO AN DER dm KASSA

dm Kundinnen und Kunden haben die Möglichkeit, die Aktion an der dm Kassa mit einer Spende von fünf Euro zu unterstützen. Davon werden die zugekauften Frischeprodukte von BIO AUSTRIA finanziert. Als Dankeschön erhalten Kunden einen limitierten Unter-setzer für ihr eigenes Weihnachtsessen. Bleibt ein Spendenüberschuss übrig, so wird dieses Geld an Menschen in Notsituationen gespendet.

In freundlicher
Zusammenarbeit mit



NACHGEFRAGT

„Wissenschaftliche Fehlleistung“

Die „Islamlandkarte“, erstellt von der „Dokumentationsstelle politischer Islam“ des Integrationsministeriums, listet über 600 muslimische Einrichtungen in Österreich auf. Trotz vielfacher Kritik, sie stelle eine ganze Bevölkerungsgruppe unter Generalverdacht, blieb die Karte online. Nachgefragt beim Islamwissenschaftler Rüdiger Lohlker über den Sinn der „Islamlandkarte“.

INTERVIEW: GUNNAR LANDSGESSELL

Herr Lohlker, warum konkret ist die „Islamlandkarte“ problematisch?

Die Problematik dieser Landkarte ist vielfältig. Ich nenne einige Punkte: Erstens hat sie keinen Erkenntniswert und hatte diesen auch bei der ersten Auflage nicht. Deshalb wurde sie wissenschaftlich nicht beachtet.

Zweitens ist sie handwerklich schlecht gemacht. Es gibt genug Beispiele für Landkarten religiöser Gruppen, die zeigen, dass es anders geht.

Drittens greift sie gezielt eine religiöse Gruppe in Österreich heraus, die im Zuge der aktuellen Politik und Medienproduktion immer wieder diskriminiert und negativ markiert wird. In einem solchen Zusammenhang ist das nur als Versuch zu verstehen, diese religiöse Strömung noch stärker zu diskriminieren.

Viertens ist die Veröffentlichung und Kompilation privater Daten datenschutzrechtlich mehr als bedenklich.

Fünftens finden sich selbst bei einem flüchtigen Durchgang mehrere Lücken und Fehler.

Das ist nur ein kleiner Auszug aus dem Problemerkatalog.

Das Integrationsministerium argumentiert, die Website diene der Transparenz und Information. Wie beurteilen Sie den wissenschaftlichen Gehalt des Projekts?

Nicht jedes Produkt von Menschen im Wissenschaftsbetrieb ist Wissenschaft. Diese Landkarte ist nur als Objekt von Untersuchungen über wissenschaftliche Fehlleistungen von wissenschaftlichem Interesse. Die Entfernung des Logos der Universität Wien war eine sehr gute Entscheidung.

Die „Islamlandkarte“ wurde von der „Dokumentationsstelle Politischer Islam“ entwickelt. Was bedeutet „politischer Islam“ eigentlich? Ist der Begriff trennscharf genug, um mit ihm arbeiten zu können?

Die Dokumentationsstelle hat meines Wissens die „Forschungen“ finanziert. Entwickelt hat sie leider eine Gruppe unter Leitung eines Professors der Universität Wien, der aber einmal eine große Konferenz zum Politischen Islam finanziert bekommen hat.

„Politischer Islam“ ist kaum als Begriff zu nennen. Er wird in ernsthafter Forschung, zum Beispiel für Islam im nati-

onalstaatlichen Kontext verwendet, also im Sinn eines eher politisierten Islams im Bereich der Politik moderner Nationalstaaten. Auch die Abgrenzung vom „normalen“ Islam ist schwierig und wird im öffentlichen und im sich wissenschaftlich nennenden Diskurs häufig nicht vollzogen.

Die „Islamlandkarte“ ist weiterhin online abrufbar. Was macht das mit den Menschen, die in dieser Liste genannt werden, und generell mit österreichischen Musliminnen und Muslimen?

Sie ist potentiell eine Bedrohung, da jeder und jede aufgrund der mangelnden methodischen Grundlagen in der Datenbank landen kann.

Rüdiger Lohlker ist seit 2003 Professor für Islamwissenschaften am Institut für Orientalistik an der Universität Wien.

Zahlreiche Publikationen, u.a.: „World Wide Warriors - How Jihadis Operate Online“ (Hg., 2019); „Zwischen Wiener Wald und Moslemkuttchen. (Alp-)Träumereien eines weißen Mitteleuropäers“ (Logos Verlag Berlin, 2021). Er schreibt den Blog „Die Sandalen von Sind“.

HANDLUNGSBEDARF

Verlorene Werte

Noch nie wurde so viel von Werten gesprochen wie in der Ära der türkisen ÖVP. Wie ernst ist das zu nehmen, wenn zugleich humanitäre und demokratische Werte mit Füßen getreten werden?

TEXT: ALEXANDER POLLAK

Wertebildung geschieht über Vorbilder. Die inneren Werthaltungen und Einstellungen einer Person zeigen sich in ihrem Verhalten und Handeln.“ So steht es in einem Einleitungssatz einer Werte-Broschüre für Kindergärten, die von der damaligen türkis-blauen Bundesregierung in Auftrag gegeben wurde. „Demokratie, Humanität, Solidarität, Friede und Gerechtigkeit sowie Offenheit und Toleranz“, nennt die Broschüre als Grundwerte. Und die Broschüre betont, wie wichtig es sei, „sich immer wieder mit dem eigenen Werteprofil auseinanderzusetzen und über die eigenen Werte und Einstellungen zu reflektieren“.

Reflektieren wir also ein wenig

Welche Werte vertritt etwa der inzwischen zum Bundeskanzler aufgestiegene frühere Außenminister Alexander Schallenberg, wenn er um keinen Preis akut gefährdete Frauenrechtsaktivistinnen aus Afghanistan aufnehmen will? Reicht es aus, von „Hilfe vor Ort“ zu sprechen, wenn Menschen um ihr Leben bangen?

Welche Werte vertritt Innenminister

Karl Nehammer, wenn er es nicht einmal am Jahrestag des Terroranschlags von Wien schafft, sich für das massive Versagen des Verfassungsschutzes zu entschuldigen? Selbst auf mehrmaliges Nachfragen kommt ihm keine Entschuldigung über die Lippen. Auch nicht auf Bitte von Angehörigen der Opfer.

Welche Werte vertritt Integrationsministerin Susanne Raab, wenn sie keine Schritte unternimmt, damit hier geborene Kinder rasch und unbürokratisch die österreichische Staatsbürgerschaft erlangen können und nicht wie Fremde behandelt werden? Und selbst den 12.000 hier geborenen Kindern, die von Staatenlosigkeit bedroht sind, baut sie bisher keine Brücke zur Staatsbürgerschaft.

Welche Werte vertritt eine Bundesregierung, wenn sie benachteiligte Kinder, deren Eltern nur ein niedriges oder gar kein Einkommen haben, im Regen stehen lässt, während sie zugleich Steuergeschenke an Großunternehmen und vergleichsweise gut situierte Familien verteilt? Was hat es mit „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ zu tun, wenn nicht die Kinderbeihilfe erhöht wird, sondern lediglich der „Familienbonus“, der all



Illustration: Petja Dimitrova

jene nicht unterstützt, die nichts haben? Welche Werte vertritt eine große Regierungspartei, die als Beschuldigte in einem Korruptionsermittlungsverfahren geführt wird, wenn sie das nicht zum Anlass für eine selbstkritische Aufarbeitung nimmt, sondern mit frontalen Angriffen auf die Justiz reagiert, die wegen Korruption ermittelt?

Und welchen Wert vertritt der inzwischen zurückgetretene Kanzler, wenn er die von Jörg Haider in die österreichische Politik gebrachten rassistisch unterfütterten Spaltungs- und Frontenbildungskampagnen in ein adrettes Slim-Fit-Gewand umkleidet und neu lanciert?

Die genannten Beispiele zeigen, dass gerade für jene in der Politik, die „Werte“ besonders gerne in den Mund nehmen, die Orientierung an Werten – von teils manipulierten Umfrage-Werten abgesehen – größtenteils zu einem Fremdwort geworden ist.

Die Werte-Broschüre für Kindergärten sollte daher dringend neu aufgelegt werden, diesmal jedoch nicht für Kindergartenkinder, sondern für die Mitglieder der Bundesregierung und des Parlaments.

EIN LAND IM WANDEL

Lange haben katholische Kirchenvertreter für praktisch das ganze Land gesprochen. Doch Österreich verändert sich, unsere Gesellschaft wird weltanschaulich und religiös pluraler. Zudem haben Skandale für Kirchenaustritte gesorgt. Wie reagiert die Kirche darauf? Ein Gespräch mit dem Innsbrucker Bischof Hermann Glettler.

Interview: Eva-Maria Bachinger

Herr Bischof Glettler, der Anteil der Katholikinnen und Katholiken geht in Österreich seit Jahren kontinuierlich zurück. Womit hat das aus Ihrer Sicht zu tun?

Das hat zuerst demographische Ursachen. In Orten, wo es vor zwei Jahrzehnten noch sehr große Volksschulklassen mit vielen christlichen Kindern gab, sind es jetzt oft nur ein paar wenige. Nicht wenige Eltern lassen ihre Kinder bewusst nicht mehr taufen. Sie wollen ihnen die religiöse Entscheidung freistellen. Und natürlich spielt auch der Kirchenaustritt eine Rolle.

Die Bereitschaft, sich einer Organisation anzuschließen, wird insgesamt schwächer. Das trifft ebenso Vereine, Parteien und andere Institutionen.

Leider verursachten auch die beschämenden Skandale eine nachhaltige Vertrauenskrise.

Die Religionszugehörigkeit der Bevölkerung in Österreich hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert. Wie sehen Sie das, was bedeutet das für das Land?

Ja, tatsächlich, das ist eine kontinuierliche Verschiebung. Durch die Zuwanderung steigt der Anteil der muslimischen Bevölkerung – viele Familien mit mehreren Kindern. Unsere österreichische

**WIR KÖNNEN NICHT
MEHR VON
EINER CHRISTLICHEN
VOLKSKIRCHE AUSGEHEN.**

Gesellschaft wird damit weltanschaulich und religiös pluraler. Bitte beachten wir aber, dass Menschen, die offiziell keiner Kirche angehören, deshalb keineswegs Atheisten sind. Glaube und Spiritualität zeigen viele persönliche Profile.

Was bedeutet dieser Wandel der religiösen Landschaft für Ihre Kirche? Wie würden Sie ihre Rolle in dieser veränderten Gesellschaft beschreiben?

Salz und Licht sein! Das wäre wohl die Antwort Jesu auf diese Frage. Er war extrem kritisch gegenüber dem sturen Beharren auf Traditionen, die ihre Sinnhaftigkeit verloren haben. Ein Umdenken ist notwendig. Wie Sie sagen, können wir nicht mehr von einer christlichen Volkskirche ausgehen, auch wenn 55 Prozent der Bevölkerung noch katholisch sind. Als Kirche sind wir herausgefordert, das Besondere der Frohbotschaft Jesu deutlicher zu kommunizieren. Im säkularen Umfeld gibt es eine erstaunliche Sehnsucht nach Sinn und Orientierung. Darin liegt auch eine Chance.

Auch eine klare Haltung gegen Rassismus gehört zum Auftrag der katholi-



Glettler: „Auch eine klare Haltung gegen Rassismus gehört zum Auftrag der katholischen Kirche und ist mir ein persönliches Anliegen.“

schen Kirche und ist mir ein persönliches Anliegen.

In welchem Bereich sollte die Kirche stärker Stellung beziehen?

Die katholische Kirche bezieht aktiv Stellung, wenn sie ihre Angebote, ob Kindergärten, Schulen oder die Hilfseinrichtungen der Caritas allen Menschen zugänglich macht. Da wird nicht nach dem Religionsausweis gefragt. Das passt nicht allen. Kirche ist an vielen Orten als zu „ausländerfreundlich“ verschrien. Ich habe als langjähriger Pfarrer in einem multikulturellen Hotspot in Graz immer versucht, Menschen zusammenzubringen. Das geht nicht nur durch Reden, sondern durch Begegnungen.

Wie kann ein Zusammenleben in einer

multireligiösen bzw. teilweise nicht-religiösen Gesellschaft aus Ihrer Sicht gut gelingen?

Indem wir einander ernstnehmen. Begegnungen und Dialog sind wichtig. Jede Form von Respektlosigkeit gegenüber anderslautenden Überzeugungen ist schädlich. Das gilt für eine überzogene kirchliche Wichtigtuerei, aber auch für religionskritische Positionen, die genauso wenig vor Arroganz und ideologischer Verhärtung gefeit sind.

Was meinen Sie mit diesen Hinweisen konkret?

Konkret habe ich jüngst in der Sterbehilfe-Debatte erlebt, dass einer kritischen, nicht liberalen Position sehr schnell Unaufgeklärtheit vorgeworfen wird. Mit welchem Recht? Vermutlich

sollten wir alle mehr zuhören. Schon als junger Mensch habe ich von Diskussionen mit Leuten, die sich als agnostisch oder kirchenfern bezeichnet haben, sehr profitiert. Wenn es uns gelingt, so manche Unsicherheit miteinander zu teilen, würden wir uns als Menschen näherkommen. In meinem Pfarrhof in Graz hat drei Jahre lang ein muslimischer Syrer bei mir gewohnt. Eine herzliche Freundschaft verbindet uns immer noch.

Es gibt immer wieder erschreckende Berichte über antisemitische und antimuslimische Ressentiments. Gibt es Veranstaltungen der katholischen Kirche gemeinsam mit jüdischen und muslimischen Gläubigen?

Bei Segnungen von Wohnanlagen treten wir häufig gemeinsam auf. Tief beeindruckend war für mich ein „Gebet für Afghanistan“ im Innsbrucker Dom, an dem kurz nach der Machtübernahme durch die Taliban Christen und Muslime beteiligt waren. Beim jährlichen Pogromgedenken ist eine multireligiöse Anteilnahme ganz selbstverständlich. Einmal im Jahr machen wir in Tirol ein Friedensgebet, zu dem ich oder der evangelische Superintendent einladen.

Weihnachten, eines der wichtigsten Feste im Christentum, wird von vielen zunehmend als Familienfest angesehen oder leider nur als Konsumorgie begangen. Wie begegnen Sie diesem Phänomen?

Ich verzichte auf moralisierende Predigten, auch wenn die übertriebene Konsummentalität schon dazu verleiten würde. Jeder Mensch ist für seine Lebensgestaltung selbst verantwortlich. Dass wir Stille und Verzicht dringend brauchen, liegt doch auf der Hand. Mit der ungebremsten Gier nach Immer-Mehr wird niemand glücklich. Sie treibt höchstens unseren Planeten in eine finale Erschöpfung. Weihnachten ist die heilsame Unterbrechung. Das Fest der

Geburt Jesu stellt das Wesentliche in die Mitte: Es ist der Mensch als Gabe Gottes, wunderbar und zerbrechlich zugleich. Durch Jesus ist der Mensch definitiv bei Gott beheimatet.

Muslimische Feste wie das Ende des Ramadans werden als fremd empfunden und nicht als Teil unserer Kultur. Wie ist Ihre Haltung dazu?

Ich beobachte, dass durch die großzügige Einladung zum Fastenbrechen auch muslimische Feste ins Bewusstsein der Bevölkerung rücken. Auch in Kindergärten und Schulen werden gelegentlich die religiösen Bräuche und Feste thematisiert. Das fördert ein natürliches Vertraut-werden mit religiöser Vielfalt. Mich irritiert der überzogene Eifer selbsternannter Aufklärer, religiöse Fragen und Gebräuche möglichst aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen. Religiöse Symbole sollten in ihrer Vielfalt auch weiterhin Platz haben.

Können Sie dafür ein konkretes Beispiel nennen?

Nur eine Begebenheit: Eine Kindergartenpädagogin hat sich beim „Lichterfest“ bei den anwesenden Eltern entschuldigt, dass in einem Lied das Wort „Gott“ vorgekommen sei. Zur selben Zeit hatte ich einige 100 Meter weiter am öffentlichen Platz ein „Martinsfest“, bei dem wir zur Ehre des Hl. Martin von Tours ganz selbstverständlich auch die muslimischen Kinder und Eltern einbezogen haben. Es war ein Fest für alle, weil wir auch deren Glauben gewürdigt haben. Ich glaube, dass es ein kultureller Verlust ist, wenn alle religiösen Profile und Bekenntnisse auf ein allgemeines Lichterfest-Niveau heruntergestutzt werden. Eine aufgeschlossene Vielfalt ist bereichernd.

Bischöfe und Vertreter der Caritas werden nach wie vor als Sprecher der Gesellschaft gesehen und melden sich auch bei wichtigen Fragen zu Wort. Wie geht es Ihnen mit dieser Rolle?



Politischer Islam: „Diese unpassende Wortwahl bringt jedes politisch-gesellschaftliche Engagement, egal welcher Religion, in Misskredit.“

Als „Sprecher der Gesellschaft“ fühle ich mich nicht. Da wir jedoch als katholische Bischöfe die eindeutig größte Religionsgemeinschaft vertreten, macht es Sinn, dass wir uns bei gesellschaftlich relevanten Fragestellungen zu Wort melden. Wir tun dies bei den sensiblen

KIRCHE IST AN VIELEN ORTEN ALS ZU „AUSLÄNDER-FREUNDLICH“ VERSCHRIEN.

Themen meist gut abgestimmt mit den anderen christlichen Konfessionen und anerkannten Religionsgemeinschaften. Bei öffentlichen Anlässen und Segnungen bewährt sich eine ökumenische oder sogar interreligiöse Praxis. Sie wird in Dialogforen und Vernetzungstreffen erarbeitet. Das ist österreichweit mittlerweile Standard.

Sie treten für die Aufnahme von Flüchtlingen ein und die Segnung von homosexuellen Paaren. Warum ist Ihnen das wichtig?

Die Achtsamkeit auf Menschen, die ihre Heimat verlassen mussten, ge-

hört zum Auftrag Jesu. Seine Aussage in der Gerichtsrede ist eindeutig: „Ich war fremd, und ihr habt mich aufgenommen.“ Papst Franziskus ist in dieser Frage nicht an Klarheit zu übertreffen. Wir müssen uns der Wirklichkeit einer Welt stellen, wo es neben den sozialen Schieflagen und Konfliktherden vor allem eine wachsende Migration aufgrund der sich verschärfenden Klimakrise gibt. Zur zweiten Frage: Mir scheint, dass wir keinem Paar, das ernsthaft um eine Segnung bittet, diese verweigern sollten. Gott geht mit uns allen mit. Maßstab ist seine zuvorkommende Zuneigung, die niemanden ausschließt.

Sie erwähnen Papst Franziskus, der sich immer wieder zu politischen Themen zu Wort meldet. Wie politisch darf Religion sein? Gibt es unterschiedliche Maßstäbe, wenn die Politik vom „politischen Islam“ spricht?

Das ist tatsächlich ein wunder Punkt. Wir haben als Bischöfe mehrmals darauf aufmerksam gemacht, dass es besser wäre von einem „politisch missbrauchten Islam“ zu sprechen. Die unpassende Wortwahl bringt jedes politisch-gesellschaftliche Engagement, egal welcher Religion, in Misskredit. Selbstverständlich sind Religion und Politik, Kirche und Staat voneinander zu trennen, auch wenn es in den Bereichen von Bildung, Kultur und Sozialem eine notwendige Zusammenarbeit geben muss. Religion berührt viele existentielle Lebensthemen, inspiriert und trägt daher das Gemeinwohl mit. Sie aus dem öffentlichen Raum zu verdrängen, wäre eine Verarmung der gesamten Gesellschaft.

Hermann Glettler wurde 1965 in Übelbach in der Steiermark geboren. Er studierte Theologie und Kunstgeschichte in Graz, Tübingen und München. Als Pfarrer im multikulturellen Bezirk Graz-Gries engagierte er sich besonders auch für sozial Benachteiligte und Flüchtlinge. Er gehört der Kommission für den interreligiösen Dialog an. 2017 wurde er von Papst Franziskus zum Bischof der Diözese Innsbruck ernannt.

DARF DAS CHRISTKIND IN DEN KINDERGARTEN?

Mit der kalten Jahreszeit beginnt auch eine Zeit vieler Feste, die ihren Ursprung im Christentum haben. Diese Feierlichkeiten haben ihren festen Platz im Kindergartenalltag. Ist das noch zeitgemäß?

Text: Sandra Schmidhofer

Mit bunten Klecksen dekorierte Laternen schmücken das Fensterbrett der Kindergartengruppe. Weiße Sterne kleben an den Fensterscheiben. Aufgeregt bereiten sich die Kinder auf das nächste Fest vor: Der Nikolaus kommt bald. Erst vor kurzem gab es den Laternenumzug, begleitet von freudigem Kindergesang. Seither erzählt mir meine Tochter die Geschichte vom heiligen Martin. Es sind Gespräche, die wir in unserem agnostizistischen Haushalt sonst nicht führen. Das Bewahren österreichischer Traditionen ist fest im Wiener Bildungsplan verankert. Diese Traditionen sind stark mit dem Christentum verwoben. Die Langzeitstudie „Religion im Leben der Österreicher*innen 1970-2020“ des Religionssoziologen Paul Zulehner zeigt: Immer mehr Menschen wenden sich vom christlichen Glauben ab. 2010 lebten in Österreich 5,45 Millionen Katholik*innen, zehn Jahre später ist ihre Zahl auf 4,95 Millionen gesunken. Zugleich stieg in den vergangenen Jahren



Das Bewahren österreichischer Traditionen ist fest im Wiener Bildungsplan verankert.

sowohl die Anzahl der Muslim*innen und auch die der Agnostiker*innen. Angesichts der anstehenden Feiertage steht die Frage im Raum: Wie sollen Bildungseinrichtungen auf diesen gesellschaftlichen Wandel reagieren? Darf das Christkind noch in den Kindergarten?

Ein „Fleckerlteppich“

Die 28-jährige Elementarpädagogin Monica sieht das gelassen. Für die Kinder sei die Zeit rund um Weihnachten etwas ganz besonderes, und auch die Eltern freuen sich über die Feste. Das sei auch in ihrer kulturell und religiös



Die Elementarpädagogin Laura glaubt, dass man in der Ausbildung die Frage nach dem richtigen Umgang mit kultureller und religiöser Vielfalt ausklammert. Es fehlt an einem Konsens.

bunt durchmischten Kindergartengruppe der Fall. Wie mit Festen und dem Thema Diversität allgemein umgegangen wird, lässt sich nicht so einfach generalisieren. Das hängt stark vom Team im Kindergarten ab, hält die Pädagogin fest. Vor kurzem wollte sie eine Diskussion starten, wie Feste in Zukunft in ihrem Kindergarten gefeiert werden sollen. Sie wurde aber schnell gebremst. Sie selbst sei zwar offen für Veränderungen, sagt die Pädagogin, bei einigen ihrer Kolleg*innen sei das aber nicht der Fall. „Manchen ist es sehr wichtig, österreichische Traditionen zu bewahren. Aus dem Versuch, das zu besprechen, ist eine enorm emotionale Diskussion geworden.“ Monica zeigt sich darüber aber verständnisvoll: „Ich finde das gut. Wir Pädagoginnen sollen authentisch sein dürfen.“

Die Frage nach dem richtigen Umgang

Monica ist in einem streng katholischen Haushalt aufgewachsen. Es ist ihr wichtig, auch die Geschichte hinter den Festen zu erzählen. „Trotzdem möchte ich keinem Kind eine Religion überstülpen. Ich versuche, religiöse Inhalte mit Kindern aus einer philosophischen Perspektive zu betrachten“, betont die

28-Jährige, die seit zehn Jahren in Kindergärten der Stadt Wien arbeitet. Dabei ist es ein schmaler Grat zwischen Tradition und Religion. Während in manchen elementaren Bildungseinrichtungen religiöse Begriffe strikt gemieden werden, wird in anderen aus Kinderbüchern über Josef und Maria vorgelesen. Was sich bisher kaum etabliert hat, ist das Feiern von Festen aus anderen kulturellen oder religiösen

FESTE AUS ANDEREN RELIGIÖSEN KONTEXTEN ZU FEIERN HAT SICH BISHER KAUM ETABLIERT.

Kontexten. „Ich selber habe das noch nie erlebt“, sagt Monica. Auch Laura (Name geändert, Anm.) hat damit noch keine Erfahrung gemacht. Sie ist Elementarpädagogin im letzten Ausbildungsjahr.

Laura möchte anonym bleiben, denn die Frage nach dem richtigen Umgang mit kultureller und religiöser Vielfalt ist in ihrem Umfeld ein heikles Thema. Sie hat das Gefühl, dass man dem Diskurs bewusst aus dem Weg geht, wohl deshalb, weil es an einem Konsens fehlt. Und auch von der MA 10 gibt es kei-

ne konkrete Antwort auf die Frage, ob die Praxis in den Kindergärten und die Ausbildung der Diversität gerecht wird, die unsere Gesellschaft heute aufweist. Manfred Kling, Mitarbeiter der Magistratsabteilung der Wiener Kindergärten betont, dass wiederkehrende Feste und Brauchtum Kindern ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit vermitteln. In städtischen Kindergärten werde „ein offenes und wertschätzendes Miteinander gestaltet, ohne konfessionelle Schwerpunkte zu setzen.“

Fehlende interkulturelle Kompetenzen

In der Regel gibt es an Wiener Ausbildungsstätten für Elementarpädagogik nur eine Lehrveranstaltung, die sich explizit mit dem Thema Diversität befasst. Diesen Umstand bedauert Laura: „Im Fach zu interkulturellen Kompetenzen haben wir über Freuds Psychoanalyse und über Möglichkeiten, den Islam auszulegen, gesprochen. Ich habe nicht gelernt, wie ich als Pädagogin mit Eltern kommuniziere, die schlecht Deutsch sprechen. Ich habe nicht gelernt, wie ich Missverständnisse aufgrund unterschiedlicher kultureller Hintergründe vermeide.“ Dieses Wissen fehlt ihr im Arbeitsalltag.

Lehrkräfte, die in diesem Bereich fundierte Kompetenzen aufweisen, kann Laura keine nennen. „Der Lehrkörper ist ja auch nicht divers“, sagt sie. Sinnvoll wäre ihrer Meinung nach, wenn Personen aus unterschiedlichen Communities in die Hochschulen kommen und Einblicke in ihre Lebensrealitäten geben, damit Pädagog*innen die Situation von Kindern mit Migrationshintergrund besser verstehen können.

Sowohl Laura als auch Monica bemühen sich um einen sensiblen Umgang mit Festen, die einem katholischen Kontext entstammen. „In der Weihnachtszeit sprechen wir vor allem über das Zusammenrücken“, betont Laura. Doch auch hier wünscht sie sich mehr Anleitung. Wie geht man damit um, wenn Kinder zuhause kein Weihnach-

ten feiern? Wie reagiert man, wenn Eltern ihre Kinder an diesen Tagen nicht in den Kindergarten bringen möchten? „Es wird zu sehr auf Eigeninitiative gesetzt“, kritisiert die angehende Kindergartenpädagogin. Aufgrund schwieriger Arbeitsbedingungen und Personalman- gels bleibe wenig Zeit und Energie für weitere Bemühungen. Dabei ist sich Laura sicher: Interkulturelle Kompe- tenzen sind zentral für einen qualitäts- vollen Kindergartenalltag und müssen deswegen einen wichtigeren Stellenwert in der Ausbildung haben.

Und nun?

Im bundesländerübergreifenden Bil- dungsrahmenplan für elementare Bil- dungseinrichtungen in Österreich wird Unterschiedlichkeit als „positiver Wert“ definiert. Transkulturelle Begegnungen können für Kinder demnach wichti- ge Lerngelegenheiten schaffen. Dem



Elementarpädagogin Monica: „Ich möchte keinem Kind eine Religion überstülpen.“

stimmt auch Monica zu: „Der Kinder- garten ist die erste Konfrontation mit der Gesellschaft. Die Kinder erfahren, dass das, was sie von zuhause kennen, nicht das einzig Wahre ist.“ Auffallend ist, dass die Konfrontation mit „anderen Werten“ vor allem für Kinder mit Mig-

rationshintergrund eingefordert wird. Können österreichische Kinder nicht auch von „nicht-österreichischen“ Tra- ditionen profitieren?

Angesichts der immer größer werden- den Gruppe von nicht-religiösen Per- sonen, stellt sich die Frage ob sämtliche religiösen Inhalte aus dem Kindergar- tenalltag verbannt werden sollen. An- stelle des Christkindes beschert uns der Weihnachtsmann die Geschenke. Oder, ganz radikal, Verwandte und Freund*innen beschenken sich zu Weihnachten gegenseitig. Zu Ostern ge- denken wir des Osterhasen. Alleine bei dem Gedanken werden wohl einige die Köpfe schütteln. Monica bleibt optimis- tisch: „Ich denke, dass wir das in Wien schon gut hinbekommen. Und auch wenn manche Kolleginnen sehr auf österreichischen Traditionen beharren, gibt es doch jedes Jahr eine Entwick- lung.“ In welche Richtung diese Ent- wicklungen konkret gehen, bleibt offen.



NEHMT DER POLITIK DAS RELIGIONSTHEMA

Religion bleibt auch in einem säkularen Staat ein emotionales und damit politisches Thema, insbesondere wenn sich die Gesellschaft und ihre Werte verändern.

Kommentar: Daniela Ingruber

Viele politische Themen lassen sich in Österreich mit dem alten Spruch „Schau ma mal, dann seh' ma schon“ beschreiben. Diese Ambivalenz zwischen dem, was rechtlich vorgegeben ist und dem, was praktisch umgesetzt wird, gilt auch für die österreichische Version der Trennung von Religion und Staat. Da ist einerseits die Österreichische Verfassung, in der das Wort „säkular“ nicht vorkommt, wohl aber die Schutzfunktion des Staates gegenüber den Religionen. Andererseits gilt noch ein Grundgesetz aus dem Jahr 1867, mit dem Kaiser Franz Joseph die Religionsfreiheit garantierte. 1912 anerkannte er zudem den Islam und versprach gesetzlich Selbstverwaltung und Selbstbestimmung. Dementsprechend hätte er wenig Freude mit jenen politischen Bestrebungen, die Muslim*innen in Österreich immer wieder dem Verdacht aussetzen, sie würden den Staat nicht ausreichend achten oder gar aktiv bekämpfen. Der Standard, an dem sich alles Reli-



Wiederkehrende Debatten über das Kruzifix in Schulklassen. In der Verfassung kommt der Begriff „säkular“ nicht vor. Wohl aber die Schutzfunktion des Staates gegenüber den Religionen.

gionspolitische in Österreich nach wie vor misst, ist die Katholische Kirche – und das gilt auch für die Agnostiker: Man stelle sich nur das politische Desaster vor, wenn sich eine Regierung entschlösse, die gesetzlichen Feiertage komplett abzuschaffen. Plötzlich würden sich alle daran erinnern, dass die

Menschenrechtskonvention die freie Religionsausübung verteidigt.

Religionsfreiheit für die Braven

Generell gleicht der säkulare Staat in Österreich einem Fremdwort und wird je nach emotionaler oder politischer Befindlichkeit gefordert und ignoriert.

Wenn das Außenministerium auf seiner Website wenig differenziert von einem „weltweiten Anstieg von Gewalt und Diskriminierung aufgrund der Religion“ schreibt, ist klar, dass die Trennung von Staat und Religion politisch genützt wird. Religionsfreiheit für die Braven. Um das zu unterstreichen, wird eine „Islamlandkarte“ veröffentlicht, die weder ethisch tragbar noch hilfreich ausfällt, da sie zugleich zu viele und zu wenige Informationen liefert. Selbst das daraus gewonnene politische Kleingeld dürfte irrelevant sein.

Die Debatte, ob Kruzifixe in öffentlichen Gebäuden erlaubt sein sollen, ob ein Kopftuch ein Jobausschlussgrund sein darf oder die Burka aus dem Straßenbild verschwinden muss, welche Privatschulen gefördert oder überhaupt erst zugelassen werden, all das dient vor allem dem politischen Ablenkungsmanöver und zeigt die schwierige Aufgabe der Säkularisierung. So ist der säkulare Staat demokratiepolitisch wichtig, doch zugleich ein Paradox. Der Staat soll religiöse Themen regeln, gleichzeitig darf er sich nicht in die religiösen Angelegenheiten der Bürger*innen einmischen. Man darf seinen Glauben ausüben, muss aber nicht. Das nennt sich Religionsfreiheit. In der Verfassung ist sie dementsprechend verankert. Wie aber schützt man die Bürger*innen vor Religion und deren Einflüssen? Die Säkularisierung geht lediglich in eine Richtung. Zwar ist es ungeliebt, wenn religiöse Führer, gleichgültig ob Rabbiner, Priester oder Imame, in die Politik eingreifen, doch hat Religion durchaus die Aufgabe, sich in die Politik einzumischen, wenn es notwendig scheint.

Dieses Thema lässt die Verfassung aus und es wird auch kaum politisch diskutiert, dabei steckt die eigentliche Herausforderung genau darin, denn die österreichische Gesellschaft ändert sich. Allein dieser Umstand klingt für manche Menschen wie eine Drohung, zumal der gesellschaftliche Wandel auch einen der Werte und des Gewohnten bedeutet.



Daniela Ingruber: Die Trennung von Staat und Religion wird politisch genützt.

Religion bleibt emotional besetzt

Offiziell sind immer weniger Menschen religiös. Gleichzeitig scheint Religion ständig ein Thema zu sein. Sie prägt seit Jahrhunderten das Straßenbild. Es fällt nicht auf, weil man es gewohnt ist, dass man an Kirchen vorbeigeht und Kruzifixe an den verschiedensten öffentlichen Orten hängen. In Form von Schmuck hat sich die Popkultur schon lange an religiösen Motiven abgearbeitet. Beispiele wie die Diskussion um die

DIE „ISLAMLANDKARTE“ IST WEDER ETHISCH TRAGBAR, NOCH HILFREICH.

Halskette eines Künstlers in Deutschland und die leider damit in Verbindung stehende Beleidigung oder auch nicht, beschäftigen aktuell die (sozialen) Medien und die Polizei. Jene, die darüber schreiben, sei es in Artikeln oder Kommentaren, scheinen eine Meinung zu haben, auch wenn sie nicht dabei waren. Damit sind wir beim Kern angelangt: Religion polarisiert emotional. Sie ist ohne Emotionen gar nicht denkbar, weil der Glaube immer schon fern von wissenschaftlichen Begriffen gewesen ist. Und wer glaubt, will oder muss sein(en) Glauben verteidigen.

Wenn aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen andere Faktoren der Identität wegfallen, wird die emotionale Bin-

dung an Religion größer. Kein Wunder, dass Migration und Religion häufig zusammen genannt werden. Religion ist häufig der kleinste gemeinsame Nenner zwischen Individuen. Der Begriff Religionsgemeinschaft drückt das sehr schön aus. Gemeinschaft ist dabei zuweilen wichtiger als Gott. Religiöse Regeln helfen zu zeigen, wohin man gehört, wie man sich in die Gesellschaft einbettet. Sie vermitteln Stabilität und Sicherheit, wenn alles andere instabil scheint.

Youtube als Identifikationsratgeber

Die sogenannten sozialen Medien spielen auch hier eine immer größere Rolle. Youtube ist zum Ratgeber geworden – auch in Sachen Religion. Für junge Migrant*innen hilft es zu balancieren zwischen strengen Regeln, die zuhause gelten oder denen man sich selbst unterwirft, nicht zuletzt um dazuzugehören, sowie einer säkularen Welt, die mehr Freiheit verspricht.

Für die einen bedeutet das die Hinwendung zu Verschwörungslegenden, manche schaffen sich ihren postmodernen Mix aus religiösen Versatzstücken, andere wenden sich den radikaleren Formen ihrer Religion zu. Solche Bewegungen finden nie nur in einem Land statt. Was diesbezüglich international geschieht, hat Auswirkungen auch auf Österreich. Politiker*innen wissen das und nützen es.

Religionsfreiheit würde aber auch bedeuten, vor Spaltungen zu schützen. Das schaffen Politiker*innen derzeit in kaum einem Bereich, auch nicht in dem der Religion. So gesehen müsste man die Säkularisierung erweitern und vor allem eine Trennung von Politiker*innen und Religion forcieren, denn dem Populismus ist auch der demokratische säkulare Staat ausgeliefert.

Daniela Ingruber ist Demokratie- und Kriegsforscherin an der Donau-Universität Krems. Sie betreibt den Blog www.nomadin.at.

WIR BRAUCHEN KLARHEIT

Religiöse Symbole wurden großteils aus den Gerichtssälen entfernt. Gesetzlich verankert ist das Neutralitätsgebot aber nicht. Das fordert Sabine Matejka, Präsidentin der Vereinigung der österreichischen Richter*innen.

Interview: Gunnar Landsgesell



Die Richtervereinigung spricht sich gegen religiöse Symbole im Gerichtssaal aus und fordert vom Justizministerium klare Regeln. Warum?

Wir fordern schon seit Jahren, die Neutralität der Gerichte und der Richter gesetzlich zu verankern und haben schon 2017 entsprechende Vorschläge an den damaligen Justizminister gemacht.

Warum ist diese Trennung so wichtig?

Wir haben bei Gericht mit immer mehr Menschen verschiedenster Herkunft, Sprache und Religion zu tun, die sich zum Teil auch als Parteien unterschiedlicher Herkunft gegenüberstehen. Das Gericht hat als Austragungsort eines Streits deshalb möglichst neutral aufzutreten und sich nicht einer der Parteien nahe stehend zu zeigen. Dazu zählt auch, dass weltanschauliche, politische und religiöse Zeichen hier keinen Platz haben. Das Gericht sollte ein möglichst neutraler Ort sein.

Könnte man argumentieren, dass sich die viel zitierten Werte auch in der Gesetzgebung des Landes ausdrücken und Kreuze dafür symbolisch stehen?

Es ist nicht so, dass die gesamte Gesetzgebung vom christlichen Glauben geprägt ist. Sie steht in manchem sogar im Widerspruch, etwa, wenn ich ein Scheidungsverfahren führe und jemand, der streng katholisch ist, würde eine Scheidung ablehnen. Zudem geht es hier nicht nur um christliche Werte, ein Teil davon wird ja auch in anderen Religionen zum Ausdruck kommen. Die Bevorzugung einer Religion, mag sie gesellschaftlich auch durch eine Mehrheit vertreten sein, kann für uns kein Argument sein. Wir haben auch viele Menschen, die gar keine Religion haben und ebenfalls nicht mit religiösen Symbolen konfrontiert werden wollen. Aus unserer Sicht hat ein Gericht frei von dieser Symbolik zu sein, unsere Grundlage ist das Gesetz – sonst nichts.

Integrationsministerin Raab möchte, dass die Kreuze in Schulen hängen bleiben. Wie ist das in Gerichtssälen?

In den meisten Gerichtssälen hängt schon lange kein Kreuz mehr. Es gibt einige wenige Gerichtssäle, wo zum Beispiel Kreuze angebracht sind, weil sie architektonisch in die Wandgestaltung integriert sind. Aber das ist selten. Für die Schulen gibt es ja, soweit ich weiß, eine Bestimmung, wonach das Kreuz in Klassen mit mehrheitlich christlichen Schülern anzubringen ist.

Gibt es noch den Schwur auf die Bibel oder das Kreuz, wie das in älteren Filmen zu sehen ist?

Es gibt die so genannte Schwurgarnitur für das Ablegen eines Eides. Das ist ein Set, wo in der Mitte ein Kreuz ist und links und rechts eine Kerze, die für die Eidesablegung angezündet wird, allerdings nur für Christen. Früher ist diese Garnitur immer unmittelbar vor dem



S. Matejka: Gerichte haben es mit mehr Menschen verschiedenster Herkunft und Religion zu tun.

Richter gestanden. Das haben wir aber auch schon lange entfernt. Erstens, weil diese Schwurgarnituren kaum mehr benutzt werden. Und zweitens, weil man sie für andere Religionen gar nicht verwenden dürfte. Grundsätzlich wollen wir während der Verhandlung nicht ständig ein Kreuz vor uns stehen haben.

Gibt es für jede Religion eine Eidesformel?

Ja, es gibt für mehrere Religionen eigene Eidesformeln, aber wir haben im Gesetz keine neutrale Eidesformel. In der Praxis hat man Lösungen gefunden, indem zum Beispiel die Formel angepasst und per Handschlag vereidigt wird. Aber nach dem Gesetz erfolgt die Vereidigung nach wie vor mit einem religiösen Eid. Das heißt, ich muss den Zeugen fragen, ob bzw. welche Religion er hat. Auch das halte ich für problematisch. Dazu gibt es Entscheidungen des EGMR (Europäischer Gerichtshof für Menschenrech-

te, Anm.), dass das eine Verletzung der negativen Religionsfreiheit darstellt. Vor Gericht sollte niemand gezwungen sein, zu sagen, welcher Religion er oder sie angehört. Im Strafverfahren hat man die Eidesablegung schon abgeschafft, im Zivilverfahren gibt es sie noch.

Es geht der Richtervereinigung um die Einhaltung des Neutralitätsgebots. Inwiefern sehen Sie diese Neutralität nicht eingelöst?

Neben der religiösen Eidesablegung geht es um die äußere Erscheinungsform des Gerichts und natürlich um die Person der Richterin oder des Richters. Wir haben den Talar, der den Zweck hat, die Person des Richters mit ihren privaten Einstellungen in den Hintergrund treten zu lassen. Der Talar verdeckt die gesamte Kleidung und zeigt so nur die Funktion des Richters. Kleidungsstücke oder Schmuckstücke, die eine religiöse, politische oder weltanschauliche Symbolik haben, sind aus unserer Sicht nicht legitim. Was wir aber ganz klar ablehnen, ist ein Kopftuchverbot für Richterinnen, wie das in der Diskussion bereits gefordert wurde. Wir sind, wie vorhin ausgeführt, gegen jede Art der Symbolik, aber ein bloßes Kopftuchverbot halten wir für völlig unzulässig. Dazu gibt es auch schon mehrere Entscheidungen. Sich einfach nur gegen eine Religion zu stellen, geht auf gar keinen Fall.

Das heißt, eine muslimische Richterin kann das Kopftuch tragen, solange das Neutralitätsgebot nicht gesetzlich geregelt ist?

Aus meiner Sicht ist das so. Wir hätten einfach gerne einmal Klarheit, auch für muslimische Frauen, die studieren, und sich überlegen, welche Berufe für sie in Frage kommen. Es wäre Zeit, diese Fragen gesetzlich zu regeln. Dazu fehlt aber auch ein bisschen der politische Mut. Ich verstehe schon, dass diese Debatte immer sehr emotional geführt wird. Aber es macht nun einmal einen Unterschied, ob man den Parteien gegen-

über einen neutralen Eindruck macht oder nicht. Etwa bei einem Familienrichter, der Scheidungen durchführt und sein Zimmer mit lauter christlichen Symbolen geschmückt hat; oder eine muslimische Frau, die sich von einem streng religiösen Ehemann trennen möchte und einer Richterin mit Kopftuch gegenüber sitzt, die zu erkennen gibt, sehr religiös zu sein, fragt sich vielleicht auch, ob sie fair behandelt wird. Das sind Konfliktfelder, die wir bei Gericht nicht haben wollen. Gerichtsverfahren sind ohnehin oft sehr emotional, dafür brauchen wir eine Zone der Neutralität.

Das betrifft aber wirklich nur das äußere Erscheinungsbild, weil die persönliche Werthaltung ist ja auch ohne äußere Symbolik vorhanden.

Natürlich, wir haben Kollegen verschiedenster Religionen und auch nichtreligiöse Kollegen. Die Frage ist aber, bringe ich das nach Außen zum Ausdruck, damit das auch jeder weiß. Auch das bringt ja etwas zum Ausdruck. Hier ist ein Richter in seinem Beruf, der Hoheitsgewalt ausübt und staatliche Aufgaben erledigt, eindeutig zur Zurückhaltung verpflichtet.

Warum hat bisher noch kein Justizminister, keine Justizministerin so ein Gesetz vorgeschlagen?

Ich glaube, da scheut man diese politische oder gesellschaftspolitische Diskussion. Das Justizministerium hat schon vor Jahren ein Gutachten eingeholt, aber damit ist dann politisch nie etwas passiert. Anders als bei der Diskussion, die man über Schulen und Kindergärten führt. Vielleicht wollte sich der zuständige Minister ja nicht dieser Diskussion aussetzen oder hatte das Gefühl, da kann man nichts gewinnen. Mir wäre es dennoch lieber, das jetzt zu klären, als zu warten, bis es Präzedenzfälle gibt. Dann würde diese Diskussion auf dem Rücken der betroffenen Person ausgetragen, das möchte ich nicht.

HEUTE WOLLEN DIE MEISTEN MENSCHEN FÜR SICH SELBST SPRECHEN

Erst aus wechselseitiger Anerkennung kann Vertrauen entstehen, sagt Rotraud Perner. Die Psychotherapeutin im Gespräch über unseren Umgang mit dem Fremden und die Schwierigkeiten, sich Veränderungen zu stellen.

Interview: Michael Kirchdorfer

Frau Perner, Österreich hat sich in den vergangenen Jahrzehnten deutlich verändert, die Gesellschaft ist vielfältiger geworden, durch den EU-Beitritt wohl auch offener. Ein Teil freut sich darüber, ein anderer Teil empfindet das eher als Heimatverlust. Woran liegt das, warum tun wir uns mit Veränderungen scheinbar schwer?

Die Österreicher*innen sind generell ein auf Sicherheit und damit Ordnung und Überschaubarkeit bedachtes Volk – außer die paar „Wilden“ von den Bergen, also Tirol und Steiermark. Die sind flexibler und wagemutiger – wenn es um ihren eigenen Widerstand geht. Beides sind aber keine Voraussetzungen für vorausseilende Offenheit gegenüber dem Neuen und dem Fremden – das muss erst langsam erarbeitet werden.

Wie geht Österreich mit dem Thema Migration um? Damit kann man immer noch Stimmen bei politischen

Wahlen machen. Woher kommt die Emotion?

In Österreich haben wir zwei historische Traditionen: einerseits die aus dem Vielvölkerstaat der k.u.k. Monarchie stammende Überheblichkeit auf die eine oder andere „Nationalität“ herabzusehen (und umgekehrt), und andererseits die NS-Mythologie vom arischen Herrenmenschen – Nietzsches „blonder Bestie“, die gut dazu passt. Beides enttarnt sich als eine Methode, sich über andere zu erhöhen. Gründe dafür können sein, dass sich jemand im Selbst nicht akzeptiert, aufgrund fehlender Wertschätzung im Elternhaus oder in der Schule. Erst wenn ehrliche gegenseitige Anerkennung entstanden ist – etwa von „Fremden“ oder neu hinzugekommenen Menschen im Wohnhaus, am Arbeitsplatz oder im Grätzl – erst dann entwickelt sich Vertrauen und eine Art von Wir-Gefühl. Sprechen – und vor allem ansprechen

– erfordert wie jede Form des Lernens Vorbilder, Übung und Anerkennung. Nur so bilden sich Wahrnehmungs- und Handlungsnervenzellen. Deswegen ist ja Elementarpädagogik so wichtig: daheim lernen das die wenigsten Menschen. In der Schule ist es bereits zu spät, da sind schon viel zu viele mediale Vorbilder als quasi Mentaltraining eingespeichert.

Auch die katholische Kirche hat an Einfluss verloren, als eine Institution, die lange fast für die gesamte Bevölkerung gesprochen hat. Es gibt mehr Atheisten und andere Religionsgemeinschaften, und sicherlich auch einen Schwund an Glaubwürdigkeit bei der Kirche. Geht hier Halt verloren, den Menschen vielleicht gerade in Zeiten der Veränderung bräuchten?

Heute wollen doch die meisten Menschen für sich selbst sprechen und sind früher oder später autoritätskritisch, daher auch gegenüber Glaubensge-

meinschaften – außer diese bedienen das Bedürfnis nach der oben angeführten Überheblichkeit über „Ungläubige“. Dieses Phänomen gibt es nach wie vor auch in der katholischen Kirche, auch wenn sich da seit dem Aggiornamento von Johannes XXIII doch einiges geändert hat, denken Sie etwa an die Bewegung „Wir sind Kirche“. Aber die Gegenkräfte sind auch aktiv. Wir Psychoanalytiker*innen wissen: wenn Bewegung entsteht, taucht sofort auch Widerstand auf.

Bei allen Veränderungen gibt es auch Konstanten. Etwa das Patriarchat. Angesichts ungleicher Löhne oder Politik- und Wirtschaftsrunden, die ganz selbstverständlich vorwiegend von Männern besetzt sind, von verschwindend geringen Karenzzeiten bei Männern oder auch der Frauenmorde in Österreich. Wie würden Sie so ein Land beschreiben? Sind wir in unserem Selbstbild besser, als der Status quo?

Der „Selbstschutzmechanismus“, sich selbst zu überschätzen, ist weit verbreitet. Der amerikanisch-israelische Psychologe und Verhaltensökonom Dan Ariely hat das in vielen Experimenten nachgewiesen. Wirklich selbst-sichere Männer brauchen keine „minderwertigen Vergleichsmenschen“, keine Frauen und keine Migranten (bzw. umgekehrt „schwachen“ Europäer) oder sonst wie diversen Menschen. Nur: wirkliche Selbst-Sicherheit hängt auch von den sozialen Lebensbedingungen ab, von Chancengleichheit und damit vor allem von Fairness.

Glauben Sie, spielt Angst vor Veränderungen eine Rolle, in einem Land, das lange sehr nach innen orientiert war? Nicht zuletzt sagt man ja auch von rechtspopulistischen Parteien, sie arbeiten mit der Angst. Worin ist diese begründet?

Also mit schnellen Veränderungen vernünftig umzugehen ist etwas, das zu



Perner: „Erst wenn gegenseitige Anerkennung entstanden ist, entwickelt sich Vertrauen.“

erlernen auch Übung und Zeit braucht. Eigentlich wird man in der Schule noch immer auf fremddefiniertes Wohlverhalten trainiert. Abgesehen von den Inhalten hat sich ja im sogenannten „sozialen lernen“, seit Maria Theresia die Unterrichtspflicht eingeführt hat,

RESPEKT SOLLEN IMMER DIE ANDEREN LEISTEN, ABER NICHT DIE SO GENANNTEN AUTORITÄTEN.

nicht viel verändert. Respekt sollen immer die anderen leisten aber nicht die sogenannten Autoritäten. Deswegen taucht ja nach wie vor bei Krisen das Bild vom „starken Mann“ auf – der aus Familienerfahrung gewohnt fehlenden Vaterfigur. Alles, was nicht „aus der Familie“ kommt, wird hingegen abgelehnt ... außer man kann es im Supermarkt kaufen und essen.

Stichwort Angst vor Veränderung: Sehen Sie eine Korrelation zum Thema Migration und Corona? Erkennen Sie bei Corona psychologische Muster, wie man sie auch beim angstbesetzten Thema „Migration“ benutzt und an der Art, wie wir mit Krisen umzugehen gelernt haben?

Für mich sind das alles – psychoanalytisch gedeutet – „Verschiebungen“ von

durchaus berechtigten Ängsten „nach oben“, also auf „Elternfiguren“, sprich „Regierende“, die man beschuldigen kann, sich nicht genug zu sorgen. Dass man unter Krisenbedingungen „regrediert“, also in emotionale Verhaltensweisen zurückfällt wie seinerzeit als Kind, ist normal. Denken wir nur daran, wie es uns geht, wenn wir krank sind oder uns in einer Situation juristischer Ohnmacht befinden. Wenn man aber sachlich nachdenkt, merkt man bald, wer mit welchen medialen Mitteln welche Denkweisen verbreitet und welche Vorteile damit erreicht werden sollen. Das sind vor allem politische.

Wie soll man damit umgehen?

Für mich ist es eine Frage der persönlichen Ethik, wie man sich selbst positioniert. Mir ist wichtig, Ängste ernst zu nehmen, mich nicht auf psychologische „Kriegsspiele“ zwischen zwei künstlich geschaffenen „Lagern“ einzulassen, sondern an konkreten Lösungen zu arbeiten. Deswegen lehne ich auch slogan-artige Wortverkürzungen zur Etikettierung für Menschen, die anderer Meinung sind, ab. Daran, wie im Web über Corona diskutiert wird, kann man erkennen, ob es sich dabei um Sympathisant*innen oder Funktionär*innen bestimmter ideologischer Richtungen handelt, die in anonymen Foren mit ähnlichen Narrativen um Gleichgesinnte werben.

Rotraud Perner ist Juristin und Psychoanalytikerin. Sie hat 2015 den Master in evangelischer Theologie gemacht. Sie hat acht Jahre lang als volkswirtschaftliche Referentin in der Österreichischen Nationalbank gearbeitet. Sie hat zahlreiche Initiativen gesetzt und Projekte gegründet, u.a. die Familienberatungsstelle Favoriten (1975), das Gemeinwesenarbeit-Projekt „Club Bassena“ (1978), die „1. Wiener Sozialberatungsstelle“ (1987) oder den Verein „Die Möwe“ (1990), der mit physisch, psychisch und sexuell misshandelten Kindern arbeitet. Zahlreiche Publikationen, zuletzt: Friedenserziehung in der Elementarpädagogik (2021).

UTE-BOCK-PREISTRÄGERIN

„Angst kenne ich nicht“

Sie deckte den Saualm-Skandal auf und setzte sich gegen die Haider-Kampagne „Kärnten wird Tschetschenen-frei“ ein. Sie legte sich mit den Mächtigen an und ist bis heute eine unermüdliche Arbeiterin im Dienst der Menschlichkeit. Ein Gespräch mit Schwester Maria-Andreas Weißbacher, der Ute-Bock-Preisträgerin 2021.

INTERVIEW: ANTONIA GÖSSINGER

Schwester Andreas, Sie wurden für Ihr Engagement mit dem Ute-Bock-Preis geehrt. Was bedeutet Ihnen das?

Es hat mich gefreut, dass ein unspektakulärer Einsatz doch wahrgenommen wird. Ich habe immer das Glück gehabt, gute Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu finden, die sich von Ideen erfassen haben lassen und diese voll unterstützt haben. Der Preis gehört sehr vielen Leuten.

Haben Sie die Namensgeberin des Preises, Ute Bock, persönlich gekannt?

Ja. Ich habe sie persönlich kennengelernt, als sie und ich im Jahr 2006 von der Europäisch-österreichisch-tschetschenischen Gesellschaft die Ehrenmitgliedschaft bekommen haben. Das war eine sehr nette Begegnung. Später habe ich sie im Ute-Bock-Haus getroffen, wo eine von Jörg Haider abgeschobene tschetschenische Familie eine Wohnung gefunden hat. Die Mutter war damals ganz tragisch gestorben.

Was treibt Sie an?

Meine Eltern waren sehr sozial eingestellt. Ich habe von daheim mitgekriegt,



Schwester Andreas bei der Ute-Bock-Preisverleihung von SOS Mitmensch: Einsatz für jene, die nicht „auf die Butterseite“ gefallen sind.

auf die zu schauen, die nicht auf der Butterseite des Lebens liegen. Ich wollte unbedingt nach Afrika und habe das Kloster ausgesucht, von dem man am sichersten nach Afrika kommt: Wernberg. Und dann bin ich in Villach gelandet. Heute bin ich dafür dankbar. Nach meinem damaligen Kirchenverständnis hätte ich den Afrikanern einen geharnischten religiösen Imperialismus aufgedrückt. Als ich eingetreten bin, war ich Volksschullehrerin. Man hat mir aufgetragen, in Salzburg Theologie zu studieren. Das war die Zeit des Konzils. Es war faszinierend, die neue Sicht der Kirche zu entdecken, wo Kirche sich selber relativiert und sagt, Kirche ist nicht Selbstzweck, sie ist nur ein Werkzeug für die Einheit und den Frieden in der Menschheit.

Mit Ihrem Einsatz für Flüchtlinge, Ihrem Kampf gegen die berüchtigte Unterbringung auf der Saualm und gegen die Haider-Kampagne „Kärnten wird Tschetschenen-frei“ sind Sie bekannt geworden. Was hat Sie dazu gebracht, sich mit den Mächtigen anzulegen?

Haider hat hier in einer Ortschaft 60 Flüchtlinge untergebracht. Das gab einen Wirbel in der Bevölkerung. Zu einem „Tag der offenen Tür“ sind nur Schwester Antonia, Pfarrer Jurij Buch und ich gekommen. Es war erschütternd. Dort waren 16 oder 17 Kinder, kein Kind hat gelacht. Es war die Zeit des Ramadan, an dessen Ende man in muslimischen Ländern das Zuckerfest feiert. Da haben wir mit Schwester Monika, unserer Kindergärtnerin, für die Kinder ein Fest gemacht. Ich muss heute noch weinen, wenn ich daran denke: die Kinder haben angefangen zu lachen, die Mütter haben angefangen zu lachen. Das war für mich



„Ich wollte unbedingt nach Afrika, dann bin ich in Villach gelandet. Heute bin ich dankbar dafür.“

eine Bekehrung. Der damalige Villacher Bürgermeister Helmut Manzenreiter hat, um es Haider zu zeigen, das Heim sperren lassen. Die Menschen sind auf verschiedene Heime aufgeteilt worden. Ich bin überall hingekommen und habe gesehen, wie manche Heime schlecht geführt wurden. Das habe ich einer Beamtin des BFA (Bundesamt für

**Da waren 16 oder 17 Kinder,
keines hat gelacht.
Da haben wir für die Kinder
ein Fest gemacht.**

Fremdenwesen und Asyl) gesagt. Zwei Wochen später gab es ein strenges Besuchsverbot, das gab es in keinem anderen Bundesland. Den Betreibern wurde mit Kündigung des Vertrags gedroht, wenn gegen das Verbot verstoßen würde. Das war existenzbedrohend, so unter Druck sind die Leute gesetzt worden. Dann war die Geschichte mit der Silvester-Schlägerei in Villach. Die Familie, die ich später in Wien besucht habe, hat überhaupt nichts dafürkönnen, es war niemand bei der Schlägerei dabei. Aber sie musste weg. Man hat einfach Namen von den Listen herausgepickt, um zu zeigen, wir sind die Chefs.

Hatten Sie persönlich Kontakt mit Jörg Haider?

Hier in Wernberg, da ist er öfter zu Veranstaltungen hergekommen. Wegen der Flüchtlingsthematik nicht. Da hatte ich es mit dem Flüchtlingsbeauftragten Gernot Steiner zu tun . . .

... und der hat eine üble Rolle gespielt.
... ja, es war eine Katastrophe.

Das berüchtigte Quartier Saualm?

Als eine Köchin, Pfarrer Johann Nepomuk Wornik und ich die Zustände aufgezeigt haben, war es ein Glück, dass die Journalistin Elisabeth Steiner dabei war; sie hat die Sache in den „Spiegel“ gebracht. Mich hat Bischof Alois Schwarz im Juli 2012 gebeten, mit dem Pfarrer zu Landeshauptmann Gerhard Dörfler zu gehen, weil die Betreiberin den Pfarrer anzeigen wollte. Ich sollte vermitteln. Ich bin draufgekommen, welchen Vertrag die Betreiberin des Quartiers mit dem Land ausgehandelt hatte: 40 Euro pro Tag, weil es als Sonderanstalt behandelt wurde. Und sie hatte einen Vertrag für 25 Personen, meistens waren aber nur zehn bis vierzehn Personen oben. Doch sie hat jeden Tag für 25 Leute kassiert, zuerst drei Jahre unter

Haider, Dörfler hat den Vertrag verlängert. Ich habe Dörfler gesagt, es ist Steuergeld, das da verschwendet wird. Seine Antwort: Schwester Andreas, Sie können Kopf stehen, die Saualm wird nicht geschlossen. Dann war die Geschichte im „Spiegel“, und es war gelaufen.

War Angst für Sie irgendwann ein Thema?

Einmal, als ich eine Frau ins Frauenhaus bringen musste. Die Männer hinter dieser Frau schienen mir gefährlich. Da habe ich gebeten, dass die Polizei hinter mir herfährt. Angst kenne ich eigentlich nicht.

Ist die Ordenstracht ein Schutzmantel?

Das Ordenskleid hat mir bei den Tschetschenen sehr viel geholfen. Diese Männer sind nicht so ohne. Dass sie mich ernst genommen haben, da war der Schleier hilfreich.

Ihre schönste Erfahrung?

Wie wir Zwentendorf abgewehrt haben. Ich habe das Jugendzentrum in Villach geleitet, neben meiner Lehrverpflichtung in der Schule. Da haben wir mit Schulklassen sehr viel gearbeitet. Und dann sehr schön gefeiert.

Und Ihre traurigste Erfahrung?

Diese Ohnmacht! Die Atmosphäre gegen Ausländer hat sich in der Haider-Ära so verschlechtert, das ist in den Menschen noch drinnen. Ich habe 1995 für eine rumänische Familie mit drei Kindern eine Wohnung gesucht. Ich habe 80 Anrufe getätigt. 50 Prozent haben Nein gesagt, weil es Rumänen waren. 50 Prozent haben nein gesagt, weil drei Kinder da waren. Das waren sehr schmerzliche Erfahrungen. Und in den letzten Jahren diese Ohnmacht gegen das BFA. Die urteilen einfach negativ und wissen, dass dahinter Menschen leben. Oder zuletzt: Bei uns wurde ein Afghane auf die Taufe vorbereitet, ein sehr patenter Bursche, der in Herma-

gor beste Zeugnisse vom Alpenverein und dem Roten Kreuz hat, weil er überall mitmacht. Dann urteilt jemand, der mit Kirche nichts am Hut hat, darüber, ob dessen Konfession echt ist oder nicht. Das kann nicht richtig sein. Sie schieben Entscheidungen hinaus und hinaus, der Mensch verliert wieder ein Jahr seines Lebens und noch ein Jahr. Das macht denen überhaupt nichts aus. Die sitzen in ihrem Büro, haben einen sicheren Job, haben ein Monatseinkommen. Ob da drei Jahre draufgehen oder sechs, ist denen wurscht. Dieses Gefühl hat man.

Ihr Urteil über die aktuelle Flüchtlingspolitik?

Die finde ich furchtbar. Als Österreich den EU-Vorsitz hatte, ist es keinen Millimeter weitergegangen. Ich bin auch von Ursula von der Leyen enttäuscht, dass Europa nicht fähig ist, eine klare Mig-

Ich bin von Ursula von der Leyen enttäuscht, dass Europa nicht fähig ist, eine klare Migrationspolitik vorzulegen.

rationspolitik vorzulegen, die den alten Werten Europas entspricht. Dieses Arbeiten mit der Angst ist so lächerlich.

Welche Erfahrungen haben sie gemacht, wenn Sie von bekannten Menschen Hilfe haben wollten?

Nicht nur gute. Ich habe sehr demütigende Szenen erlebt. Etwa wenn ich in ein großes Geschäft fünf Mal hineingegangen bin und dann ein Handtuch gekriegt habe oder so.

Was gibt es für Sie noch zu tun?

Momentan engagiere ich mich für Leute, die schon da sind, damit die Integration besser gelingt, mache denen Mut. Denn Integration ist schon sehr schwierig. Ein Beispiel: Wir haben vor drei Jahren zwei Iraner hier in Wernberg getauft. Ich habe in unserer Kirche gefragt, ob jemand bereit wäre für die Patenschaft – nichts, niemand. Und nach der Taufe in

der Osternacht haben ihnen drei Leute gratuliert, alle anderen haben das nicht einmal zur Kenntnis genommen. Ich bin so erschüttert, dass auch fromme Kirchgänger selten einen Beitrag liefern, damit Menschen sich integrieren. Es gibt Einzelne, in vielen Gemeinden, doch das ist eine kleine, manchmal sehr kleine Gruppe. Jetzt kommt noch die öffentliche Hetze gegen Muslime dazu. Ich habe mit Muslimen schon viel mehr Kontakt gehabt als jetzt. Sie ziehen sich zurück, schließen sich in ihrem Kulturkreis ab und dann entstehen Ghettos, und Ghettos sind immer gefährlich. Ich verstehe nicht, dass uns nicht gelingt, die Menschen davon zu überzeugen, dass die Begegnung mit einer anderen Kultur eine enorme Bereicherung ist.

Feministinnen und Ordensfrauen haben eine Gemeinsamkeit: Es wird immer gemutmaßt, dass eine schlechte Erfahrung sie zur Ordensfrau oder zur Feministin werden hat lassen, und das insinuiert natürlich immer eine schlechte Erfahrung mit Männern. Wurden Sie damit auch konfrontiert?

Nein. Man hat es nur nicht verstanden, auch meine Familie nicht. Meine Geschwister haben einen Lachkrampf gekriegt, wie ihnen meine Eltern das erzählt haben. Ich war zutiefst überzeugt, dass das mein Weg ist. Und es hat mich bis heute nicht gereut. Der sehr kluge Satz einer Schweizerin: Gott gegenüber gibt es nur die totale Kapitulation mit der Übergabe aller Schlüssel. Das Wort gilt, genau so ist es.

Wirklich nie bereut?

Schon, es hat mir vieles nicht gepasst. Manchmal ist mir die Entwicklung viel zu langsam gegangen. Nach dem Konzil habe ich gemeint, es müssten viele größere Änderungen in den Klöstern kommen. Da war ich oft im Clinch. Aber die grundsätzliche Entscheidung habe ich nie bereut. Drei Tage vor dem Klostergang habe ich noch die ganze Nacht durchgetanzt, weil ich gedacht habe, ich



Gespräch im Kloster Wernberg. Schwester Andreas: „Ich habe nie das Gefühl gehabt, dass ich in der Kirche nicht tun kann, was ich will. Aber ich kenne Frauen, die sich zur Priesterin berufen fühlen. Ich denke mir, die müssen ständig frustriert sein.“

kann jetzt nie mehr tanzen.

Haben Sie nie mehr getanz?

Wohl. Hier immer. Ich habe es genossen. Ich habe gute Freunde gehabt. Diese Enttäuschungen habe ich nicht erlebt.

Und haben Sie nie damit gehadert, dass die Frauen in der Kirche diskriminiert werden?

Ich habe mit Bischof Egon Kapellari oft

einen Clinch gehabt. Doch ich habe nie das Gefühl gehabt, dass ich in der Kirche nicht tun kann, was ich will. Aber ich kenne Frauen, die sich zur Priesterin berufen fühlen. Ich denke mir, die müssen ständig frustriert sein. Heute überhaupt, bei diesem Gejammere über Priester-Mangel. Wenn ich die Heilige Schrift richtig verstehe, dann sind wir alle zum allgemeinen Priestertum berufen, jeder Getaufte hat priesterliche

Elemente. Nur in der Katholischen Kirche hat man das Weihe-Priestertum so furchtbar hinaufgehoben, man hat die Laien klein gehalten, man hat nie von der Würde des Menschen gesprochen.

Wie geht es Ihnen mit den Missbrauchstaten in der Kirche?

Der Sohn meiner Firmpatin hat mit 32 Jahren Suizid begangen. Er ist in den 1960er-Jahren in einem katholischen Internat missbraucht worden. Es hat niemand gewusst, er hat es sich nicht auszusprechen getraut. Als ihn seine Mutter tot gefunden hat, hatte er Dante Alighierie, die Passage vom Lustknaben, vor sich aufgeschlagen. Durch diese private Erfahrung war ich nicht überrascht, als der Fall von Kardinal Hans Hermann Groer aufkam. Schlimm war diese Vertuschung, aus dem überhöhten Priesterbild heraus. Und das Schlimmste war, dass die Kirche selbst immer sehr hohe moralische Ansprüche an die Menschen stellt und diese selber nicht erfüllt. Als jüngst die Mißbrauchsfälle in Frankreich untersucht wurden, war ich sehr berührt. Das erste Wort von Papst Franziskus war: Ich bedanke mich bei allen Opfern, dass sie den Mut gehabt haben, sich zu melden. Er hat versucht, diesen Menschen jetzt ihre Würde zurückzugeben.

Das Gespräch führte Antonia Gössinger, frühere Chefredakteurin der Kleinen Zeitung Kärnten & Osttirol.

Schwester Maria-Andreas Weißbacher, studierte Theologie in Salzburg, arbeitete als Volksschullehrerin und leitete ein Jugendheim. Sie ist Leiterin im Referat für interreligiösen Dialog der Diözese sowie des Ausschusses „Kirche und Migration“. Sie ist Expertin für Asylfragen, hält Vorträge in Pfarren und ist im besten Sinn eine Brückenbauerin. Im Jahr 2021 erhielt sie den Ute-Bock-Preis für Zivilcourage, den SOS Mensch seit 1999 vergibt.



Sigal Dvir gründete die Facebook-Gruppe „Demonstration MA 35“ bzw. „Migrants in Vienna“. Mittlerweile zählt die Gruppe 2.000 Mitglieder.

DESOLATE ZUSTÄNDE

Sie schweigen nicht mehr

Eine Protestbewegung möchte die Missstände rund um die MA 35 nicht mehr hinnehmen. Initiatorin Sigal Dvir über die Forderungen und was sich seit den Demonstrationen getan hat.

TEXT: MILENA ÖSTERREICHER

Seit Monaten wird es um die Magistratabteilung 35 (MA 35) in Wien, zuständig für Zuwanderung und Staatsbürgerschaft, nicht ruhig. Verschleppte Anträge, diskriminierende und unfreundliche Behandlung – die Liste der Vorwürfe ist lang.

„Der Standard“ berichtete etwa von 500 Beschwerden bei der Volksanwaltschaft im aktuellen Jahr, weil Anträge bei der MA 35 nicht innerhalb der sechsmonatigen Maximalfrist erledigt wurden. Das ist beinahe eine Verdoppelung der 284 Beschwerden des Vorjahres.

Protestbewegung

„Das kann es doch nicht sein“, dachte sich auch Sigal Dvir im Sommer. Die gebürtige Deutsche wartete bereits drei Monate auf die Anmeldebescheinigung als EWR-Bürger*in für sich und ihre drei Kinder, daran gekoppelt ist die Auf-

enthaltkarte für ihren israelischen Ehemann. Aufgrund der Pandemie waren keine Termine vor Ort möglich, Nachfragen per E-Mail blieben unbeantwortet, auch postalisch gab es keine Rückmeldung.

Als sie dann noch auf Ö1 einen MA 35-Mitarbeiter davon erzählen hörte, dass das Telefon einfach nicht abgehoben werde, reichte es ihr. „Ich war so frustriert, dass man eine Familie einfach so sitzen lässt. Wenn ich wenigstens gewusst hätte, was fehlt“, sagt Dvir.

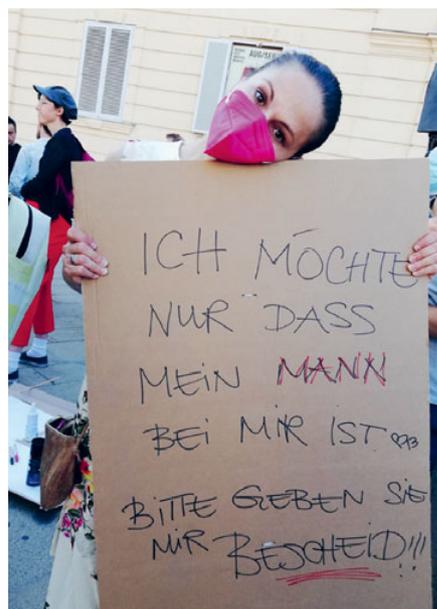
Außerdem dachte sie, es müssten noch viel mehr Menschen davon betroffen sein, auch sehr viele, die nicht Deutsch als Erstsprache beherrschen. „Das ist womöglich ein Grund, warum es um die Betroffenen bisher relativ ruhig war“, vermutet Dvir.

Damit sollte Schluss sein. Dvir postete in diversen Facebook-Gruppen einen Protestaufruf. Rund 50 Menschen folgten dem Aufruf und versammelten sich Anfang August vor dem Rathaus. Das mediale Aufsehen blieb überschaubar. Dennoch wollte Dvir nicht aufgeben. Sie gründete auf Facebook die Gruppe „Demonstration MA 35“ sowie später die Gruppe mit gleichlautender Webseite „Migrants in Vienna“. Bei der nächsten Demo Anfang September waren es bereits 250 Menschen, begleitet von einem breiten Medienecho.

Sehr schnell traten viele Betroffene der Facebook-Gruppe bei. Mittlerweile zählt die Gruppe über 2.000 Mitglieder. Beinahe täglich häufen sich darin die Berichte über monatelanges Warten auf Antworten, rassistisches Verhalten der Mitarbeiter*innen und andere Probleme rund um den Kontakt mit der Einwanderungsbehörde.

Bei der Behörde

Davon weiß auch Pavel (Name der Redaktion bekannt, Anm.) zu berichten. Der russische Musiker, der mehrere re-



Proteste: Es geht um verschleppte Anträge, diskriminierende Behandlung, nicht abgehobene Telefone.

nommierte internationale Auszeichnungen gewann, beschloss 2018 aus privaten Gründen nach Österreich zu ziehen. Als er bei der Behörde war, weigerte sich der Mitarbeiter Englisch zu sprechen.

„Für jemanden, der erst seit einem Jahr in Österreich ist, ist es natürlich möglich, ein wenig Deutsch zu sprechen“;

**Pavel, ein russischer Musiker, hört vom Beamten:
„Ich spreche schon Englisch, aber ich will nicht.“**

meint Pavel. „Aber das reicht doch nicht, um das Behördendeutsch und die Formulare ausreichend verstehen zu können. Das ist selbst in meinem eigenen Land oft unverständlich.“ Als er nachfragte, antwortete der Mitarbeiter: „Ich spreche schon Englisch, aber ich will nicht“ und verwies auf eine interne Anweisung, nur Deutsch zu sprechen. Sechs Monate wartete Pavel auf die erste Verlängerung seines Visums, neun Monate auf die zweite. Bei Freunden von ihm dauerte es über ein Jahr. Für einen Künstler, der auf Konzertreisen ins Ausland muss, ist das aber geschäftsschädi-

gend. Er darf ja in der Wartezeit Österreich nicht verlassen. „Tatsächlich hat mich das um Auftritte gebracht. Ich verstehe es nicht, ich bezahle hier ja auch Steuern“, so Pavel.

Lange Wartezeiten haben für die Betroffenen verschiedene Folgen. Wenn Anträge über Monate nicht bearbeitet werden, wird für die Betroffenen Familienbeihilfe, Kinderbetreuungsgeld, Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe ausgesetzt. Zwar gilt eine Einreichbestätigung für einen Antrag auf Verlängerung als Nachweis für einen rechtmäßigen Aufenthalt – und somit könnte etwa auch einer Arbeit nachgegangen werden – in der Praxis ist es für Betroffene aber in dieser Zeit schwierig, einen Job oder eine Wohnung zu finden. Arbeitgeber*innen und Vermieter*innen bevorzugen im Regelfall jene, deren Aufenthalt rechtlich abgesichert ist.

Alter Frust, neue Versprechen

Nach drei Monaten war auch Sigal Dvir so frustriert, dass sie die Pässe ihrer Familie einfach in die Postbox der MA 35 schmiss. „Ich hatte die Hoffnung, dass sich dann doch mal jemand melden

muss und ich dann nachfragen kann, welche Unterlagen denn eigentlich noch fehlen?“

Es funktionierte. Nach fünf Tagen kam der Anruf. Es fehle noch ihr Gewerbeschein. Eine Fehlinformation, da sie als selbstständige Deutschtrainerin ein freies Gewerbe ausübt. „Beim Finanzamt und bei der SVS klappt ja alles einwandfrei. Da werde ich seit Tag 1 zur Kasse gebeten“, ärgert sich Dvir.

Nach dem ersten Protestaufruf im Sommer wurde ihr Fall schnell abgeschlossen. Sigal Dvir kämpft dennoch weiter. Mitte Oktober fand ein Treffen der Gruppe „Migrants in Vienna“ mit dem zuständigen Vizebürgermeister Christoph Wiederkehr statt. „Das war ein wenig ernüchternd“, erzählt Dvir. Wiederkehr kündigte unter anderem eine Personalaufstockung und einen externen Telefonservice zur Entlastung der Mitarbeiter*innen und Beschleunigung der Verfahren an. Zudem wurde in der Zwischenzeit das sogenannte Business Immigration Office eingerichtet. Darin werden laut Sprecherin der MA 35, Karin Jakubowicz, internationale Fachkräfte, Unternehmen, Organisationen sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen zu Anträgen auf Aufenthaltstitel sowie Beschäftigungs- und Aufenthaltsrecht von 22 Mitarbeiter*innen der MA 35 und drei der Wirtschaftsagentur mehrsprachig beraten. „Es ist nachvollziehbar, dass die Stadt Wien wirtschaftliches Interesse an dieser Art von Einwanderung hat“, meint „Migrants in Vienna“-Gründerin Dvir. „Aber es gibt noch so viele andere Betroffene, für die muss es auch Verbesserungen geben.“

Kleine Schritte

In letzter Zeit hätten sich kleine Dinge verändert, das Telefon werde jetzt tatsächlich abgehoben. „Das Problem mit dem Telefonservice-Center ist aber, dass die Personen, die dort abheben, keine genaue Akteneinsicht haben. Das heißt, sie können nur notieren und weiterge-



Die Proteste gehen weiter, auch Sigal Dvir will weiter aktiv sein, auch wenn ihr Fall nach dem Protestaufruf rasch abgeschlossen wurde.

ben. So werden die Anträge auch nicht schneller bearbeitet“, meint Dvir. Die 25 zusätzlichen Mitarbeiter*innen seien ein Tropfen auf dem heißen Stein. Man müsse die Behörde digitalisieren, lautet eine der Forderungen von „Migrants in Vienna“. „Wir würden uns eine

Dvir wünscht sich, dass man zu Beginn des Verfahrens eine Art Verfolgungsnummer bekommt, die Einsicht in den Akt ermöglicht.

Art gläsernen Akt – natürlich unter strengen Datenschutzaufgaben – wünschen, sodass man etwa am Anfang des Verfahrens eine Art Verfolgungsnummer bekommt und man immer wieder reinschauen kann, ob noch etwas fehlt, und wie der Bearbeitungsstand gerade ist. Ähnlich wie bei der Nachverfolgung eines Paketes“, so Dvir. Auf diese Weise könnten auch die Sachbearbeiter*innen intern alarmiert werden, wenn eine Frist ablaufe. „Momentan scheint es, als habe niemand eine Ahnung, dass unsere Akten existieren, da alle in Papierform sind, und so der Zugriff erschwert ist.“ Wiederkehr versicherte den Sprecherinnen von „Migrants in Vienna“ an einem

Verfahren zu arbeiten, um dringende Anliegen mit verstreichenden Fristen zu priorisieren.

Weitere Forderungen der Gruppe sind die Einhaltung der gesetzlichen Fristen sowie mehrsprachige Beratungen. Als Pavel seinen Antrag einreichte, schrieb ihn der Mitarbeiter auf Deutsch an, da er auf einem Formular die falsche Box angekreuzt hatte. „Es war ein herabwürdigendes Erlebnis, ich sprach damals kaum Deutsch.“

Wiederkehr versicherte, dass es keinen Grund gebe, dass die Beamt*innen nicht auch eine andere Sprache außer Deutsch sprechen. Was Dvir bei dem Treffen mit dem Vizebürgermeister überraschte, war die Information, dass Mitarbeiter*innen bereits an Antirassismus-Programmen und Schulungen teilnehmen würden. „Mich wundert das bei so vielen Berichten von Rassismus und menschenverachtendem Verhalten, die wir zu Ohren bekommen“, meint Dvir.

Auf Anfrage von MO erklärt Karin Jakubowicz, Sprecherin der MA 35, dass seit 2017 alle neuen Mitarbeiter*innen im Zuge der Einschulungsphase verpflichtend Schulungen zu Antidiskriminierung, Diversität, Gleichbehandlung, De-Eskalation und Umgang mit Kund*innen zu absolvieren hätten. Und: „Neben jährlich verpflichtenden Fortbildungen finden laufend Fortbildungen zu unterschiedlichsten Themen statt.“ Bisher scheinen die Schulungen jedoch noch wenig zu fruchten. „Der Kontakt mit der MA 35 lässt mich immer wieder zweifeln, ob es die richtige Entscheidung war, mich in Österreich niederzulassen“, sagt Pavel. Abgesehen davon sei Wien, die Stadt der Musik, aber der richtige Ort für ihn.

So auch für Sigal Dvir, die vor einer weiteren Demonstration die Situation zunächst weiter beobachten und eine Chance zur Verbesserung geben möchte. Auch, wenn die Beschwerden in der Facebook-Gruppe nicht abebben.

KINDERRECHTE

Wo bleibt das Kindeswohl?

Vor einem Jahr wurde die 12-jährige Tina abgeschoben. Vergangenen Sommer veröffentlichte die Kindeswohlkommission einen Bericht. Umgesetzt wurden die Empfehlungen bislang nur minimal.

TEXT: MILENA ÖSTERREICHER

Bald ist ein Jahr vorbei. Ein Jahr seitdem die damals 12-jährige Tina mit ihrer kleinen Schwester und Mutter unter großem Polizeiaufgebot und viel Medienwirbel am 28. Jänner 2020 nach Georgien abgeschoben wurden.

Wie geht es Tina inzwischen? „Mein Letztstand ist, dass es ihr immer noch schwer fällt sich auf das neue Land umzustellen“, erzählt der Anwalt der Familie, Wilfried Embacher. Die Frage nach der Rückkehr nach Österreich sei das dominante Thema. Ein direkter Kontakt zu Medien wird derzeit abgelehnt. „Wir hatten das Gefühl, dass die medialen Nachfragen, wie es ihr gehe, wieder Hoffnung in ihr wecken. Es sollte aber eher mehr Ruhe einkehren“, so der Anwalt.

Traumatisierender Einschnitt

In einem Video des Instagram-Mediums „die_chefredaktion“ beschreibt die 14-jährige Ana, wie es ihr nach ihrer Abschiebung im November 2020 nach Georgien geht. „Es kommt wirklich immer wieder hoch, da sitze ich manchmal einfach da und da steigen mir einfach so die Tränen in die Augen. Es ist wirklich nicht so leicht“, schildert sie. Anas Eltern waren 2008 vor dem Kaukasus-



Schüler*innen demonstrieren gegen die Abschiebung von Kindern und Jugendlichen.

krieg nach Österreich geflohen. Zwölf Jahre verbrachte die Familie in Österreich, erhielt aber kein Bleiberecht. „Ich weine die ganze Zeit, habe irgendwie auf nichts Lust, will auch überhaupt nicht

**Anas Familie verbrachte
12 Jahre in Österreich.
Dann schob man
sie nach Georgien ab.**

rausgehen“, erzählt Ana auf dem Kanal von „die_chefredaktion“.

Ein solcher Einschnitt hat Folgen für die Betroffenen. „Wenn Kinder aus ihrem Lebensumfeld herausgerissen und in ein ihnen völlig unbekanntes Lebensumfeld

verpflanzt werden, ist das fast immer eine Traumatisierung für sie“, erklärt Ernst Berger, Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Eine derartige Traumatisierung kann später zu einer posttraumatischen Belastungsreaktion führen. „Je nach Umgang damit, kann sich das zu anhaltenden psychischen Störungen mit depressivem Charakter bis hin zu Selbstmordversuchen und verschiedenen Störungen des Sozialverhaltens verfestigen“, so der Facharzt.

Wo bleibt das Kindeswohl?

Ernst Berger war Teil der Kindeswohlkommission, die im Februar unter der Leitung der ehemaligen Höchststrichte-



Rechtsanwalt Wilfried Embacher, sieht bezüglich Kinderrechte nun mehr Aufmerksamkeit.



Rechtsanwältin Eva Velibeyoglu: Wünscht sich von der Politik, dass Härtefälle nicht zunehmen.



Jugendpsychiater Ernst Berger: erwartet unter der türkisen ÖVP keine Veränderungen.

rin Irmgard Griss von Vizekanzler Werner Kogler eingesetzt wurde, nachdem die Abschiebungen von Tinas Familie auch für einen Koalitionskrach in der türkis-grünen Bundesregierung sorgten. Die Kommission befasste sich mit der Frage, wie es um die Kinderrechte bei Entscheidungen zum Asyl- und Bleiberecht stehe.

Mitte Juli präsentierte sie schließlich einen mehr als 400 Seiten umfassenden Bericht. Darin forderte sie eine stärkere Berücksichtigung des Kindeswohls in Verfahren. Die Prüfung müsse „über die Wahrung der Familieneinheit hinausgehen und eigenständig die Situation und Integration von Kindern berücksichtigen.“

Kinderrechte seien zwar rechtlich umfassend abgesichert. Die österreichische Verfassung besagt, dass bei staatlichen Entscheidungen das Kindeswohl an erster Stelle stehen muss. Auch bei Rückkehrentscheidungen und Abschiebungen muss folglich das Kindeswohl mit den staatlichen Interessen individuell abgewogen werden. Laut Kindeswohlkommission würden aber ähnliche Fälle unterschiedlich bewertet werden.

Dem stimmt auch Fremdenrechtsexperte Wilfried Embacher zu: „Bei manchen Richter*innen hatte ich bis dato

den Eindruck, dass ihnen nicht einmal bewusst war, dass das Kindeswohl relevant sein könnte.“ Es sei oft so entschieden worden, dass Kinder dem Schicksal der Eltern zu folgen haben. Wer deren Aufenthalt negativ entschieden, treffe das automatisch auch die Kinder. „Dieser Gedanke war so bestimmend, dass man gar nicht auf die Idee gekommen ist, zu sagen: Moment einmal, jetzt schau ich mir die Kinder gesondert an

W. Embacher: Manchen Richter*innen schien gar nicht bewusst, dass Kinderrechte relevant sein könnten.

und wenn das Kindeswohl dem entgegensteht, dann wird sich das auf die ganze Familie durchschlagen und nicht umgekehrt“, so Embacher.

Embacher nimmt insgesamt mehr Aufmerksamkeit wahr. „Das Thema Kindeswohl wird zumindest einmal behandelt, was aber natürlich noch nicht heißt, dass die Fälle jetzt alle gleich ausgehen.“ Dennoch ist Embacher überrascht, dass es bisher keine Ankündigungen von politischer Seite zur Umsetzung des Kommissionsberichts gibt. „Es ist ein wirklich beeindruckendes Dokument mit Vorarbeiten, die in

vielen Bereichen wertvoll sein könnten. Dass das so sang- und klanglos in der Schublade verschwunden ist, ist schon enttäuschend.“

Die Liste der Empfehlungen der Kindeswohlkommission ist lang: Abschiebungen sollten nicht während des Schuljahres stattfinden. Es dürfe keine Schubhaft mehr für Minderjährige und Familien geben. Die Obsorge für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge müsse für ganz Österreich einheitlich gestaltet werden. Und es solle klare Kriterien und Handlungsanleitungen für Referent*innen des Bundesamts für Fremdenwesen und Asyl sowie für Richter*innen des Bundesverwaltungsgerichts geben, bei dem Bescheide bekämpft werden können.

Keine weiteren Härtefälle

Einen humaneren Zugang fordert auch Rechtsanwältin Eva Velibeyoglu. Sie vertrat die Jugendlichen Shona und Ashot, die am gleichen Tag wie Tina und ihre Familie nach Armenien abgeschoben wurden. „Ich wünsche mir von der Politik, dass diese Härtefälle nicht zunehmen“, so die Rechtsanwältin. „Den betroffenen Personen, die bestens in Österreich integriert sind nach so einer langen Aufenthaltsdauer, wird der



Immer wieder gibt es in Wien Proteste gegen Abschiebungen. Den betroffenen Menschen, die oft schon viele Jahre bestens integriert hier leben, wird so der „Boden unter den Füßen weggerissen“, kritisiert die Rechtsanwältin Eva Velibeyoglu.

Boden unter den Füßen weggerissen.“ Weiters kritisiert sie, dass oft Abschiebungen stattfinden würden, ohne abzuwarten, ob beim Verfassungsgerichtshof aufschiebende Wirkung erteilt wird. So auch im Fall der Familie von Shona und Ashot. „Es geht immer schneller mit den Abschiebungen“, meint die Anwältin. „Es ist zwar rechtens, da durchsetzbare Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichtshofes da sind, aber nicht human.“ Seit zwei bis drei Jahren beobachtet sie diese Tendenz.

Seit der Veröffentlichung des Berichts der Kindeswohlkommission habe sich Velibeyoglu zufolge wenig geändert. Auch Ernst Berger sieht kaum Änderungen. „Das Einzige, was wir wahrgenommen haben, ist, dass das Justizministerium Bemühungen setzt, im eigenen Bereich Fortbildungen für die Richter*innen anzubieten, um ihnen diese Thematik näher zu bringen“, sagt Berger.

Wichtig wäre die Etablierung eines Monitoring-Systems, das die Einhaltung der Kinderrechte laufend prüft und dem Parlament berichtet. Außerdem fordert die Kommission in ihrem Bericht die Einrichtung einer Institution, die sich um das Monitoring des Kindeswohls

„Wichtig wäre die Etablierung eines Monitoring-Systems, das die Einhaltung der Kinderrechte laufend prüft.“ Ernst Berger

in der Vollziehung kümmert – ähnliche Institutionen gebe es bereits in anderen Ländern.

Doch die Umsetzung der Vorschläge des Berichts sieht Berger noch in weiter Ferne. „Solange die politischen Kräfteverhältnisse in Österreich so sind, wie sie jetzt sind, das heißt, mit einer migrationsfeindlichen Dominanz in der Bundesregierung durch die Haltung der türkisen ÖVP, wird sich meines Erachtens

vorerst nichts ändern“, meint der Facharzt.

Daher sei es für ihn jetzt wichtig, die Erkenntnisse der Kommission möglichst weit zu verbreiten und Menschen zum Denken zu bringen. Gute Chancen sieht er an der Basis, etwa in den Gemeinden. „Wir hören ja immer wieder von Bürgermeistern, die darauf hinweisen, dass gut integrierte Familien nicht abgeschoben werden sollen“, so der Jugendpsychiater. „Diese Stimmen müssen mehr werden.“

Für Tina kämen die Änderungen so oder so zu spät. Die einzige rechtliche Möglichkeit nach Österreich zurückzukommen, die laut Anwalt Wilfried Embacher derzeit noch in Frage käme, wäre ein Schülervisum. Jedoch würde dieses nur für Tina gelten, nicht für den Rest ihrer Familie. Doch je länger die Unterbrechung andauere, desto mehr rückt auch dieser Hoffnungsschimmer in weiße Ferne.

SAFE SPACE

Schutz vor toxischer Männlichkeit

Österreich hat ein Problem mit männlicher Gewalt gegen Frauen. Im Jahr 2020 suchten knapp 3.000 Frauen und Kinder in Österreich Zuflucht in Frauenhäusern. Geschäftsführerin Maria Rösslhuber vom Verein „Autonome Österreichische Frauenhäuser“ gibt Einblicke, wie man den Betroffenen hilft.

TEXT: LAURA PAULINE HAFENEDER
FOTOS: ANDREA PELLER

Hanna (Name geändert, Anm.) ist verzweifelt. Sie lebt in ihrem Zuhause in täglicher Angst um ihr Leben und das Leben ihrer Kinder. Sie wird körperlich und auch psychisch misshandelt und das von ihrem Partner. Ihr einziger Ausweg scheint ihren Lebensmittelpunkt an einen Ort der Geheimhaltung, Unterstützung und Sicherheit zu verlagern. Sie flieht, flieht aus ihrem einstigen Zuhause in ein Frauenhaus, in eines von 26 in Österreich.

Es ist Mitte November 2021 und wir zählen den 23. Feminizid in Österreich. Österreich ist das einzige Land in Europa, in dem Morde an Frauen die Anzahl der Morde an Männern übersteigt. Die nationale Politik agiert nach Ansicht vieler Expert*innen unzureichend, die Verbindung zwischen patriarchalen Strukturen und Hassverbrechen werden kaum beleuchtet. Problematisch wirken auch die Statistiken in Hinblick auf die Strafverfolgung. Acht von zehn Anzeigen wegen häuslicher Gewaltverbrechen werden in Österreich eingestellt. Nur bei 12 Prozent der Fälle kommt es tatsächlich zu einer Anklage.

Hannas Geschichte ist nur eine von vielen. Im Jahr 2020 suchten knapp 3.000



Österreich liegt im EU-Vergleich einem Spitzenplatz, was Morde an Frauen betrifft. Das spiegelt die ungleichen Geschlechterverhältnisse wieder.

Frauen und Kinder Zuflucht in Frauenhäusern in Österreich. Frauenhäuser bieten essentiellen, sicheren Wohnraum für Opfer von patriarchaler Gewalt,

Acht von zehn Anzeigen wegen häuslicher Gewalt werden in Österreich eingestellt.

denn geschlechterspezifische Hassgewalt kennzeichnen die Lebensrealität von FLINTAs weltweit. (FLINTA, das steht für Frauen, Lesben, intergeschlechtlich, nicht-binär, transgender,

A-geschlechtlich.) Laut der Europäischen Agentur für Grundrechte (FRA) hat jede dritte Frau ab ihrem 15. Lebensjahr in der Europäischen Union bereits sexuelle oder physische Gewalt erlebt. Österreich belegt im EU-Vergleich einen Spitzenplatz, was Feminizide betrifft. Das spiegelt die ungleichen nationalen Geschlechterverhältnisse in ihrer direktesten Form wieder. Töchter, Schwestern, Mütter, Großmütter und Freundinnen schaffen die Flucht in sichere Frauenhäuser viel zu selten und fallen toxischer Maskulinität und geschlechtsspezifischen Hassverbrechen

zum Opfer. Eine Geschichte über das patriarchale Machtgefälle in dem wir leben, wie gefährlich sich dieses in der Realität äußern kann und wie ein Alltag im Frauenhaus aussieht.

Der Weg ist ein langer ...

Hanna sitzt in ihrem Zimmer im Frauenhaus, ihre Kinder spielen am Boden. Sie atmet auf und denkt zurück an all das, was sie erlebt hat. Es war ein harter Weg. Sich in die sichere Umgebung eines Frauenhauses zu retten, ist kein leichter Schritt. Maria Rösslhumer ist seit 22 Jahren Geschäftsführerin der Autonomen Frauenhäuser Österreich. Sie leitet auch die „Frauenhelpline gegen Gewalt“ und koordiniert „SToP – Stadtteile ohne Partnergewalt“, ein Projekt zur Gewaltprävention. Rösslhumer hat also viel Erfahrung und Expertise auf diesem Feld gesammelt, und sie versteht die Hintergründe und Schwierigkeiten, in denen sich von Gewalt betroffene Frauen befinden. „Frauen müssen flüchten, weil der eigene Partner oder

auch der eigene Sohn gewalttätig ist und sie es alleine nicht schaffen heraus zu kommen“, erklärt Rösslhumer. Die Türen des Frauenhauses, die sich an nicht öffentlich bekannten Adressen befinden, stehen allen von Gewalt betroffenen Frauen und deren Kindern offen. Jede weiblich gelesene Person hat das Recht auf einen Aufenthalt im Frauen-

Bei älteren Jungen ist es möglich, dass sie bereits selbst gewalttätig sind oder sich mit dem gewalttätigen Vater identifizieren.

haus. Der biographische, kulturelle oder ökonomische Hintergrund spielt dabei keine Rolle.

Im Frauenhaus angekommen

Wenn sich Betroffene dazu entscheiden, einen Schritt in die Selbstbestimmung zu machen kann es oft gefährlich werden. Die Kontaktaufnahme erfolgt über die Frauenhelpline, wo die Betroffenen ihre Situation schildern. Elemen-

tare Fragen werden geklärt: Wie akut ist die Situation? Sind Kinder involviert? Bei Söhnen besteht oft separater Abklärungsbedarf, so Rösslhumer: „Gerade bei älteren Jungen ist es möglich, dass sie bereits selbst gewalttätig sind oder sich mit dem gewalttätigen Vater identifizieren. Dann wird es schwierig, sie mit aufzunehmen.“

Oberste Prämisse ist der Schutz der Frauen und Kinder. Sobald sie sich in der Schutzeinrichtung eingefunden haben, gibt es einen Gesundheitscheck, nicht selten müssen Verletzungen behandelt werden. Von ihren Mobiltelefonen müssen sich die Frauen für die Zeit ihres Aufenthalts trennen. Über installierte Apps könnten die Gewalttäter ihren Aufenthalt vielleicht ausforschen, aber auch unliebsame Kontakte durch das Umfeld gilt es zu unterbinden.

Danach folgt eine zweiwöchige „Entspannungs- und Orientierungsphase“. In jenen Tagen werden die Personen psychosozial betreut, um traumatische Erlebnisse zu verarbeiten. Diese Etappe bezeichnet Rösslhumer als essentiell: die Überlebenden sollen sich halbwegs fangen, stabil werden und Zeit bekommen, um langfristige Entscheidungen zu treffen. Denn das, was danach kommt, ist in den meisten Fällen höchst ungewiss. Zur unsicheren Zukunft und der oft ökonomischen Frage kommt auch die psychisch belastende Entscheidung, wie man mit der Situation umgeht. Möchte die Betroffene Anzeige erstatten, soll unmittelbar eine Scheidung eingereicht werden? Perspektivisch gesehen wird daran gearbeitet, dass die Frauen in die Selbstständigkeit kommen und ein Leben ohne Abhängigkeiten aufbauen.

Das Leben danach

Die Aufenthaltsdauer im Frauenhaus ist den Bewohnerinnen freigestellt, sagt Maria Rösslhumer. Durchschnittlich bleiben sie drei Monate, grundsätzlich haben sie das Anrecht auf Schutz bis zu

Nach dem Schritt in die Selbstbestimmung werden die Hintergründe eruiert. Wie akut ist die Situation? Sind Kinder involviert?





Die Hilfeleistungen der Frauenhäuser sind breit gefächert: es gibt kostenlose rechtliche Beratung, kostenlose Prozessbegleitung, vom ersten Kontakt mit der Polizei bis zum Ende des Strafverfahrens.

einem Jahr. „Im vergangenen Jahr war es so, dass ungefähr ein Drittel der Frauen, die im Frauenhaus leben, wieder zurück zu ihrem Misshandler gezogen sind. Oft, weil sie ihm noch eine Chance geben möchten, aber auch, weil sie finanziell abhängig sind. Auch der Gedanke an die Kinder erschwert die Entscheidung, sich zu lösen. Frauen wollen den Kindern den Vater nicht verwehren“, erklärt Rösslhuber. Ein Fakt, der die Arbeit mit Männern umso dringlicher macht.

Immerhin die Hälfte aller Bewohnerinnen schafft es, sich zu emanzipieren, sie kehren nicht zum Gewalttäter zurück. Essentiell dafür sind die wirtschaftlichen Parameter, also etwa leistbares Wohnen, aber auch ein unterstützendes soziales Umfeld. Nicht in allen Bundesländern ist das Angebot an Übergangswohnungen für von Gewalt betroffene Frauen gegeben. Und auch die Mietpreise variieren stark. Finanzielle Abhängigkeit zwingt jedenfalls viele Frauen zu ihrem Misshandler zurückzukehren. Damit dreht sich der Teufelskreis des Patriarchats weiter.

Ein Ziel mit vielen Hilfestellungen

Wie unterschiedlich die Geschichten betroffener Frauen sein können, und dass sie nicht von Alter, Milieu oder kultureller Herkunft abhängen, illustriert Rösslhuber am Beispiel von Lisa (Name

Die Hälfte der Bewohnerinnen der Frauenhäuser schafft es, sich zu emanzipieren. Sie kehren nicht zum Gewalttäter zurück.

geändert, Anm.). Lisa ist 70 Jahre alt, als sie das erste Mal ein Frauenhaus aufsucht. Ihr Mann misshandelt sie jahrelang. Ihr Wunsch ist es, ihren Lebensabend ohne Gewalt verbringen zu können. Ein Wunsch, der ihr von der eigenen Familie zunehmend erschwert wird. Die Verwandten setzen sie unter Druck, die Kinder und Enkelkinder fürchten einen Imageverlust. Die Misshandlungen, die Lisa seit Jahren erleidet, scheinen für sie nicht so wichtig zu sein. Immer wieder kontaktieren sie Lisa, setzen sie unter Druck, endlich nach Hause zu kommen. Schlussendlich beschließt Lisa tatsächlich, zu

ihrem Partner und Peiniger zurückzukehren. Zum Wohl der Familie, wie es heißt. Aus Erfahrung weiß Rösslhuber, dass es älteren Frauen besonders schwer fällt, sich von ihrem Partner endgültig zu trennen. Die Abhängigkeitsspirale ist weit fortgeschritten, sie müssen erst lernen, aus dieser auszubrechen.

Von der Polizei bis zum Gericht

Die Hilfeleistungen der Frauenhäuser sind breit gefächert: es gibt kostenlose rechtliche Beratung, kostenlose Prozessbegleitung, und zwar vom ersten Kontakt mit der Polizei bis zum Ende des Strafverfahrens. Schon während des Aufenthalts geht es darum, die Frauen zu unterstützen, in ein selbstständiges Leben zu finden. Eine eigene Wohnung, Lohnarbeit oder Ausbildung sind Grundpfeiler der Emanzipation. Kann das erreicht werden, stehen die Chancen gut, auch langfristig unabhängig und in Sicherheit leben zu können. Wichtig ist dabei auch, die Frauen mit Situationen nach dem Frauenhaus vertraut zu machen. Was tun, wenn es zu weiteren Übergriffen kommt? Wie lassen sich Grenzen setzen, wann sind Konsequenzen zu ziehen?, sagt Rösslhuber. Auch Kinder müssen ein Sensorium dafür erhalten, was Gewalt ist und wie ihre Rechte aussehen. Frauenhäuser, sagt Rösslhuber, seien auch Kinderschutzeinrichtungen. Kinder werden aufgenommen und unterstützt. Gerade Kinder sind oft traumatischen Erlebnissen ausgesetzt, die sie schwer alleine verarbeiten können. Der innigste Wunsch der meisten Kinder sei die Gewalt einfach zu beenden und dass sich die Eltern wieder vertragen. Viele können oft nicht nachvollziehen wieso der Vater plötzlich abwesend ist. Allerdings ist bekannt, dass es sich bei derartigen Gewaltverbrechen um Wiederholungstaten handelt, die nicht von selbst aufhören.

Strukturelle Gewalt und ihre Auswirkungen

„Gewalt beginnt dort, wo das Reden

aufhört“ schrieb Hannah Arendt. Bezüglich häuslicher Gewalt kann Arendt diesbezüglich widersprochen werden. Die vier Formen der Gewalt gegen Menschen beschreiben die körperliche, die sexuelle, die ökonomische und auch die psychische oder verbale Gewalt. Die Grenzen der Formen sind nicht klar definiert und sie kommen besonders oft in Kombination miteinander vor.

Die Ursache, warum genau FLINTA jene Formen der Gewalt vermehrt spüren, liegt in der Struktur unserer gelebten Gesellschaft und des Systems. Das patriarchale System bedingt ungleiche Machtverhältnisse, die Diskriminierung und toxische Verhaltensmuster integrieren. Toxische Männlichkeit hat kulturelle und gesellschaftlich konservative Stereotype als Grundlage und wird durch ein eindimensionales aggressiv heterosexuelles Verhaltensmuster widergespiegelt – der Mann als das Oberhaupt, der Furchtlose und Starke. Verletzt die Partnerin dieses eindimensionale Siegersstatut in dem sie Grenzen setzt oder auch eine Trennung einfordert, verlieren Täter den Boden unter den Füßen. Die Angst, Kontrolle und Macht zu verlieren, bringt viele Männer dazu, die Scheuklappen aufzufahren und in ihrem gefangenen Tunnelblick Gewalt auszuüben, erklärt Rösslhumer.

Ein Phänomen, das weltweit beobachtet wird und nichts mit Herkunft oder Nationalität zu tun hat. „Gewalt kommt auf der ganzen Welt vor und Gewalt wird nicht importiert. Es herrscht ein patriarchales System“, erklärt sie. Sie hält es für zentral, ein neues Männerbild zu entwickeln. Dabei müsse „viel mehr getan werden, um gerade die gefährlichen Täter zur Rechenschaft zu ziehen und sie im Notfall auch in U-Haft zu nehmen.“

Gewalttätige Männer verändern ihr Verhalten erst, wenn von außen Konsequenzen drohen. Deshalb müssen Männer selbst an ihrem Problem arbeiten.



Maria Rösslhumer: „Gewalt kommt auf der ganzen Welt vor, sie wird nicht importiert. Es herrscht ein patriarchales System.“

Besonders Behördenversagen und verharmlosende Medienberichte über Gewalttäter, die von „Beziehungsdramen“, „Kaverliersdelikten“ oder „Eifersuchts-

Medien verharmlosen männliche Gewalt. Sie sprechen von „Eifersuchtsdramen“ und „Beziehungsdramen“.

szenarien“ sprechen, können Todesurteile für FLINTA bedeuten. Deshalb appelliert Rösslhumer an die Behörden, die gemachten Anzeigen von Frauen wegen häuslicher Gewalt nicht unverzüglich einzustellen, sondern mehr Informationen einzuholen, Beweise zu ermitteln und weiter zu recherchieren. Dafür bedürfte es einiger Maßnahmen. Etwa, dass die Polizei, aber auch Staatsanwält*innen bessere Gefährlichkeitseinschätzungen durchführen, sowie gemeinsam eine konkretere Beweismittelführung vollziehen. Auch die Politik muss Gewaltprävention und Gewaltschutz sowie entsprechende Einrichtungen finanziell stärker stützen.

Frauenhelpline gegen Gewalt: 0800/222 555
 Onlineberatung: www.haltdergewalt.at
 Männerinfo: 0720- 70 44 00
 Kinderwebsite: www.gewalt-ist-nie-ok.at

IMPRESSUM

MO REDAKTION:

c/o SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2,
 1070 Wien, T +43 1 524 99 00,
 F +43 1 524 99 00-9,
redaktion@momagazin.at,
www.momagazin.at

REDAKTION:

Gunnar Landsgesell (Chefredakteur; gun),
 Petja Dimitrova (Porträt-Illus), Alexander Pollak (apo),
 Karin Wasner (Bilder), P.M. Hoffmann, Eva Vasari (Illustrationen),
 Clara Akinyosoye, Eva Maria Bachinger,
 Philipp Sonderegger, Baruch Wolski

AUTORINNEN DIESER AUSGABE:

Clara Akinyosoye, Antonia Gössinger, Laura Pauline Hafeneder,
 Daniela Ingruber, Nour Khelifi, Michael Kirchdorfer,
 Beverly Mtui, Milena Österreicher,
 Alexander Pollak, Martin Schenk, Sandra Schmidhofer,
 Philipp Sonderegger, Sashi Turkof, Vina Yun

COVERBILD: Diözese Innsbruck/Aichner

ARTDIREKTION: Mitko Javritchev

LAYOUT-KONZEPT: Theo Kammerhofer

DRUCK: Ferdinand Berger & Söhne GmbH, Wiener Straße 80, 3580 Horn

ANZEIGEN: Katharina Hofmann-Sewera

Katharina.Hofmann-Sewera@sosmitmensch.at,
 Telefon: +43 1 524 99 00-16

ABOS: Irene Palmethofer, abo@momagazin.at
 Telefon: +43 1 524 99 00-18

VERTRIEB:

Beilage „Der Standard“; Straßenkolportage

AUFLAGE: 40.000

HERAUSGEBERIN:

SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, 1070 Wien,
 T +43 1 524 99 00, F +43 1 524 99 00-9,

Mail: office@sosmitmensch.at

Web: www.sosmitmensch.at

ZVR: 22747570

OFFENLEGUNG gem. § 25 MedienG:

Medieninhaber (Verleger) und
 Herausgeberin: SOS Mitmensch
 Sitz: Wien

Geschäftsführung: Alexander Pollak,

Gerlinde Affenzeller;

Obmann: Max Koch

Grundlegende Richtung: gegen Diskriminierung,
 für Menschenrechte, Demokratie und Migration

ZVR: 22747570

SPENDEN:

IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590

BIC: BAWAATWW

MO ist das Medium von SOS Mitmensch gegen Rassismus und Diskriminierung, für Menschenrechte, Demokratie und Migration. Der Nachdruck der Beiträge ist bei Nennung der Quelle und Übersendung von Belegexemplaren ausdrücklich erwünscht, wenn das Copyright nicht ausgewiesen ist. Die Rechte der Fotografien liegen bei den Urheber*innen. Falls kein/e Urheber*in ausgewiesen ist: SOS Mitmensch.

PERSPEKTIVENWECHSEL

„Wenn Theater nicht politisch wäre, würde ich es nicht machen“

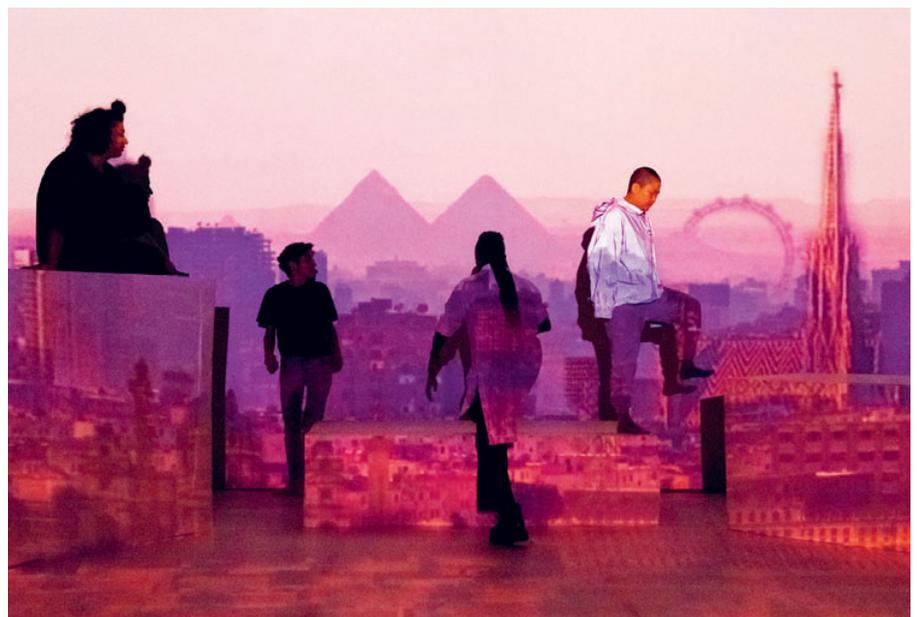
Wie sieht die eigene Stadt durch die Augen jener aus, die hier mit dem Gefühl der Fremde und des Verlusts von Identität leben? Die Performance-Künstlerin Stefanie Sourial erzählt davon in „City of Diaspora“. Zu sehen Anfang 2022 im „brut“.

INTERVIEW: BEVERLY MTUI
FOTOS: ABIONA ESTHER OJO

Schon als Kind bin ich in die Performance- und Theaterszene hineingewachsen“, erzählt Stefanie Sourial im Gespräch. Aufgewachsen in Mautern an der Donau hatte sie schon früh das Gefühl, aufgrund ihrer Queerness, Non-Binärität und ihres diasporischen Hintergrunds nirgendwo reinzupassen. Ihre Kreativität hat ihr aber einen Weg geebnet, der sie nicht nur aufzufangen, sondern gestärkt hat. Ein Ansatz, den sie seither in ihrer Kunst verfolgt.

Welchen Einfluss hat Ihr persönlicher Lebensweg auf Geschichten wie beispielsweise die von „City of Diaspora?“

„City of Diaspora“ ist ein Stück, das sehr viel mit Science-Fiction zu tun hat. Ich liebe Science-Fiction und das Fantastische, da das für mich etwas Befreiendes, aber auch Zukunftsorientiertes bedeutet. Solche Geschichten sind oft so gewaltvoll und mit sehr viel Schmerz verbunden, und was mich an diesen Phantasmen interessiert, ist die Frage: Was kannst du daraus nehmen und wie kannst du damit vielleicht auch etwas Ermächtigendes schaffen? Diese Ge-



Pyramiden und Riesenrad: „City of Diaspora“ setzt gemachte Erfahrungen auch mit der eigenen Geschichte in Verbindung.

schichten, die wir alle kennen, die sehr eurozentristisch sind, waren in meinen Anfängen auch sehr schmerzhaft für mich. Ich habe immer schon gespürt, auch als Kind, dass da irgendetwas nicht

„Diese Distanz zur Realität schafft auch immer eine gesunde Distanz zum eigenen Schmerz.“ Stefanie Sourial

stimmt. Das sind Dinge, die habe ich erst lange lernen müssen zu verstehen. Wie ich dann älter war, habe ich daher auch nicht gewusst, wo mein Platz im Theater ist. Ich habe erst im Nachhinein verstanden, wo ich eigentlich hin will

und was ich nicht will. Daher schreibe ich auch lieber die Geschichten selbst.

Was bedeutet Geschichte(n) für Sie?

Ich bin der festen Überzeugung, dass ich und wir alle Geschichte neu schreiben können, indem wir sie einfach anders erzählen. Ich glaube, dass man so auch Geschichte verändern kann. Das versuche ich im Theater auch. Mir ist wichtig, mit dem Reproduzieren von Geschichte(n) und auch damit, sie in Szene und in Verbindung mit der eigenen Geschichte zu setzen, dass das ein Plateau bildet, auf dem sich auch andere Menschen finden und Erfahrungen mitnehmen können. Das ist der rote Faden

meiner Arbeit, sei es im Theater oder beim Unterrichten.

Die künstlerische und performative Ebene ist mir natürlich trotzdem sehr wichtig. Dass alles gut geprobt wird, dass alles Theater schreit, mit Licht und Nebel, und dass man sich trotzdem in einem fantastischen Space verlieren und der Fantasie freien Lauf lassen kann. Diese Distanz zur Realität schafft auch immer so eine gesunde Distanz zum eigenen Schmerz. In „City of Diaspora“ ist es aber so, dass wir keine menschlichen Charaktere auf der Bühne darstellen. Das war mir sehr wichtig, damit wir auch diese Distanz zu den Personen haben, die wir tatsächlich sind. So ist es auch leichter, über die eigene Erfahrung zu sprechen. Ich finde, je stärker dieses Spektrum erweitert werden kann, desto mehr Menschen können sich darin finden.

Welche Geschichten werden in City of Diaspora erzählt?

Die Idee entstand natürlich auch aus meiner eigenen Erfahrung. Durch die fehlende Zugehörigkeit, die ich verspüre habe, und natürlich auch durch die Erfahrungswerte von anderen Menschen mit diasporischem Hintergrund. Dieses Gefühl, sich in einer Zwischenwelt zu befinden; weder da noch dort zugehörig zu sein. Ich habe mir dann aber gedacht, dass eine Zwischenwelt doch auch eine Welt ist, die für sich steht, und auf einer Bühne sichtbar gemacht werden sollte. Um zu zeigen, wie cool sie

Das Gefühl, sich in einer Zwischenwelt zu befinden, wird auf der Bühne sichtbar gemacht.



Stefanie Sourial (im Bild) bringt die Erfahrungen anderer Künstler*innen auf die Bühne.

sein kann, wie grell, farbenfroh und wie stark. Damit andere Leute, die das nicht kennen, empfinden können, wie es ist, in einer Zwischenwelt zu sein. In erster Linie möchte ich bei Projekten mit Menschen zusammenarbeiten, die nicht direkt aus der Performance kommen, die aber Geschichten gerne erzählen und zwar so erzählen, dass sie andere Menschen berühren. „City of Diaspora“ ist somit auch mit den Mitwirkenden gewachsen.

Natürlich ist das ein Risiko, weil es immer leichter ist, mit einer Idee zu kommen und das dann quasi wie auf einer Liste Punkt für Punkt abzuarbeiten. Da es aber in „City of Diaspora“ sehr wohl um viel Persönliches geht, will ich dem dann keine vorgegebene Schablone vorgehen, durch die die Mitwirkenden ihre eigene Geschichte vielleicht nach hinten stellen müssen. In welche Richtung das alles geht, das weiß ich am Anfang nicht. Wichtig ist mir, diese Zwischenwelt, diese Spannung zwischen Herkunfts- und Aufenthaltsort, zu finden und nach außen zu tragen.

Welche Rolle spielt Wien als City of Diaspora?

Die Mitwirkenden sind alle Menschen, die einen diasporischen Hintergrund

haben, aber in Wien leben. Natürlich haben wir in unseren Gesprächen sehr viel darüber geredet, wie es ist, mit dieser Erfahrung in Wien zu leben. Wir haben das ganz oft am Anfang benannt, aber das hat sich nicht richtig angefühlt, daher haben wir es anders veranschaulicht: in der Musik, in den Visuals und in vielen anderen Elementen. Alle Menschen, die mitgewirkt haben, leben mit unterschiedlicher Herkunft in Wien, am Aufenthaltsort Wien, und daher ist Wien unsere Diaspora.

Ist Theater weiterhin ein Instrument, um gesellschaftliche Veränderung anzustreben?

Auf jeden Fall. Wenn Theater nicht politisch wäre, würde ich es nicht machen.

Stefanie Sourial, der Name klingt nach einer Verfremdung von surreal, doch ihre Geschichten geben Realitäten in den unterschiedlichsten Formen wieder. Welche Geschichte steckt hinter diesem Namen?

Keine, das ist wirklich mein Nachname.

Stefanie lacht und so verbleiben wir. Mit einem Lächeln auf den Lippen, mit einer Neugierde für Geschichten, die um uns herum passieren, und die wir selbst schaffen, und mit der Bereitschaft diese Geschichten zu hören, verstehen zu lernen und für sich selbst sprechen zu lassen.

Stefanie Sourial, arbeitet als Performancekünstlerin und lehrt an der Akademie der bildenden Künste Wien. 2001/02 leitete sie Theaterworkshops mit obdachlosen Jugendlichen in Kairo, Ägypten.

Sie war Teil des ersten Wiener queer-feministischen Burlesk-Kollektivs Club Burlesque Brutal und tritt seit 2017 regelmäßig beim PCCC – Political Correct Comedy Club mit antirassistischen und queeren Stand-up-Skits auf.*



Besetzte Baustelle: Über Wochen hausen Klima-Aktivist*innen in Zelten und Bretterbuden. Die Krone berichtete „Lobau-Besetzer feiern Party für Luxushütte.“

ÖKOLOGISCHER WIDERSTAND

„Noch ist kein Meter betoniert“

Seit zwei Monaten besetzen Aktivist*innen zwei Baustellen der umstrittenen „Stadtstrasse“, die mit dem ebenso umstrittenen „Lobautunnel“ zusammenhängt. Die Unterstützung durch die Bevölkerung sei toll, doch nun kommen die Wintertage. Ein Lokalausgang.

TEXT UND FOTOS: GUNNAR LANDSGESELL

Jetzt kommen die härteren Tage. Wer schon eine Winterwanderung gemacht hat, weiß, wie sehr man sich danach auf die warme Stube freut. An einem Donnerstag im November hat es sechs Grad, der zu dieser Jahreszeit typische Nebel hat Wien wieder eingehüllt. Hinter dem alten Schlosspark in Hirschstetten im 22. Wiener Gemeindebezirk hat sich eine bunte Zeltstadt ausgebreitet. Zu sehen sind dreißig bis vierzig Zelte, kleine zum Übernachten und große, um das Leben hier zu organisieren. Es ist das Basiccamp, von dem aus die Proteste gegen die höchst umstrittenen Mammutprojekte „Lobautunnel“ und „Stadtstraße“ organisiert werden. Seit zwei Monaten halten die Aktivist*innen die Stellung. Das Camp ist legal angemeldet, zwei Baustellen in nächster Nähe sind seit zwei Monaten besetzt. Dort hatte man mit schwerem Gerät bereits mit dem Bau einer Trassenführung begonnen.

Im Camp mit einem schönen, alten Baumbestand, sitzt ein mittelalter Mann dick in eine olivgrüne Jacke eingehüllt, auf einem Klappstuhl. Es ist Nachmittag und wenig los hier, die Leute sind unterwegs. Obelix, das ist sein Aktionsname, kommt aus Solidarität hierher. Er ist Anrainer im Einzugsbereich der „Stadtstrasse“. Er ist einer, der wie

Jeden Sonntag findet ein Anrainerbrunch statt, wo es Kuchen gibt und man sich austauscht.

so viele hier, keine neue Autobahn vor der Haustür haben will. Nun hilft er mit, wenn es etwas zu tun gibt. Ein besonderes ökologisches Interesse hatte er bisher nicht. Er hatte Elektrotechnik studiert, aber nach einem Schlaganfall wurde er gekündigt. Mittlerweile sieht Obelix einige Dinge, etwa Verkehrspolitik und Klima betreffend, etwas anders. „Gleich

in meiner Nähe, wo ich wohne, ist die Gärtnerei Ganger, die sind sogar Bio-zertifiziert“, erzählt er. „Die haben einige Flächen gepachtet, die sie für ihren Betrieb brauchen. Diese Flächen sollen jetzt aber verbaut werden.“ Die Gärtnerei Ganger ist, so wie einige andere ökologische Landwirtschaften hier, fast schon eine Grünoase zwischen den wuchernden Siedlungen. Allein die Petition, die Ganger in seinem Ab-Hof-Laden aufgelegt hat, wurde von knapp 6.000 Menschen unterzeichnet. Obelix glaubt, dass viele Anrainer*innen von den Verkehrskonzepten der Stadt Wien nicht unbedingt überzeugt sind. Die Kontakte zwischen den Leuten aus dem Camp und der lokalen Bevölkerung verliefen bisher durchaus freundlich. Jeden Sonntag findet ein Anrainerbrunch statt, wo Kuchen vorbeigebracht wird und man sich austauscht. Das ist nur eine der Aktivitäten im Camp, neben Vorträgen, Workshops oder einer



Das Camp als Basislager hinter dem alten Schlossgarten in Hirschstetten. Hier finden die Plena statt, hier wird für jene gekocht, die auf den besetzten Baustellen die Stellung halten. Die Besetzung findet breite Unterstützung.

Fahrradwerkstatt. Jüngst, erzählt Obelix, habe man auch eine Jurte angemietet. Ein traditionelles Zelt, das die Nomaden in Zentralasien benutzen. Es ist beheizbar und steht bei der Lagerfeuerstelle, wo man sich abends auch etwas aufwärmen kann.

Milliarden für neue Autobahn?

In der Jurte hatte gerade ein anderer Aktivist ein Interview gegeben, der sich den Aktionsnamen Meister Eckart ausgesucht hat. Er ist seit drei Wochen hier. Auch er ist kein Öko-Fundi, sondern hat bisher sein Geld als Informatiker verdient. Er führt hinüber zu einer der beiden besetzten Baustellen und erzählt, wie man sich im Lager so organisiert. Ein Plenum in der Früh, eher für emotionale, persönliche Dinge gedacht. Und eines am Abend für Organisationsfragen. Meister Eckart begeistert die Idee der „Heart Sharing Circles“, die bei Rainbow Gatherings vertreten wird. Menschen treffen sich für einige Zeit in der Natur, um dort gemeinsam und friedlich zu leben.

Drüben, auf der besetzten Baustelle, bietet sich ein anderes Bild. Die Erde für die Trassenführung durch schweres Gerät aufgerissen, haben nun junge Leute das Terrain besetzt. Es wird gehämmert, ein aus Holzbrettern notdürftiger Unterstand soll als eine Art Kochstelle dienen. Auf einem kleinen Ofen köchelt Wasser. Im Erdwall, der von den Bauarbeiten stammt, ist ein Loch gegraben,

von einer Klappe abgeschlossen, durch die man kriechen kann; das ist die so genannte „Sauna“. Heiß ist es da drinnen sicher nicht. Der Wille der Leute, etwas zu bewegen und unter diesen Bedingungen in der Kälte auszuharren, ist jedenfalls beeindruckend.

Die Baustelle, die von Bauzäunen umgeben ist, liegt direkt an der vielbefahrenen Süßenbrunner Straße. Und gleich daneben ist die Trasse der A2, die als Verlängerung der Südost-Tangente den Verkehr Richtung Norden führt. Kaum zu glauben, dass hier eine wei-

„Es ist eine wirklich schöne Erfahrung, weil es so viele Anrainer gibt, die uns Essen bringen.“ Meister Eckart

tere mehrspurige Straße mit weit auslaufenden Zubringern entstehen soll. Auf der anderen Seite grenzt die Baustelle an ein Feld, das der Bauer gerade mit seinem Traktor bearbeitet. Symbolträchtig treffen hier Verkehrswüsten und letzte agrarische Flächen aufeinander. Das ganze hat eine gewisse Ironie. Die Konzeption erfolgte noch unter der Ägide der Grünen Wien. Nun hat die SPÖ das Verkehrsressort über, das Ulli Sima als zuständige Stadträtin führt. Sie kam ausgerechnet von der Umweltorganisation Global 2000 in die Politik. Noch beharrt man darauf, dass es besser ist, Milliarden in den Individualverkehr zu pumpen, statt in

den Ausbau öffentlicher Infrastruktur. Wer nur ein paar Stunden zwischen den jetzt schon schwer befahrenen Straßen bleibt, für den werden die Zweifel der Anwohner*innen real.

Die Stimmung auf der Baustelle selbst ist geschäftig aber entspannt. Es gibt einiges zu tun, die Infrastruktur hier soll ausgebaut werden. Jemand bringt Lebensmittel vom Sozialmarkt und Spenden. Wie sehr die Leute sie unterstützen, sei eine positive Überraschung. Meister Eckart sagt: „Es ist eine wirklich schöne Erfahrung, weil es so viele Anrainer gibt, die uns etwas zu Essen bringen. Anders als etwa bei einer Hausbesetzung hat man hier das Gefühl, dass es nicht um eine isolierte Sache geht, sondern dass man von der Bevölkerung ermuntert und bestärkt wird. Das ist überhaupt kein Wir-gegen-Die-Gefühl. Wenn wir uns bedanken, wenn Leute uns etwas bringen, sagen einige: Nein, wir bedanken uns bei euch, für das, was ihr macht. Für Anrainer, die eine Autobahn vor der Haustüre hätten, geht es um alles.“

Müssten Österreich vielmehr entbetonieren

Linda (Aktionsname, Anm.), eine Schülerin aus dem Süden Wiens, ist vom ersten Tag an dabei. Das war der Tag, an dem Bauarbeiter auf Aktivist*innen getroffen sind. „Das war aber nicht schlimm“, sagt Linda, „eigentlich ganz friedlich. Auch nachher kamen immer



Info-Stand gegen Milliarden-Projekt. „Was macht man mit der Autobahn, wenn man wirklich die 1,5 Grad einhalten will?“, fragt die Aktivistin Linda.

wieder Bauarbeiter, um Schaufeln oder Geräte zu holen.“ Sie war damals drüben im Basiscamp. „Da bin ich schon am Freitag hingefahren und habe dort geschlafen. Am Montag hat um 4 Uhr Früh der Wecker geläutet, um 5 Uhr sind wir hierhergegangen, zur Baustelle.“ Sie selbst ist über den Jugendrat dazu gestoßen. Das ist eine unabhängige Jugendorganisation, die sich vor allem für Klimagerechtigkeit und soziale Themen einsetzt. „Aber es gibt auch noch viele andere Organisationen, über die man hierher zur Besetzung kommt“, erzählt Linda. Über FFF (Fridays for Future), System Change oder XR (Extinction Rebellion). Auch die lokale Initiative „Hirschstetten retten“ oder Greenpeace beteiligten sich. Mittlerweile hängt es nicht mehr so von Organisationen ab, viele Menschen sind ganz autonom hier. Seit dem Schulbetrieb kommt Linda, sooft es geht. Hin und wieder übernachtet sie am Wochenende hier.

Und ihre Eltern? „Die sind entspannt. Am Anfang waren meine Eltern noch für die Lobau-Autobahn, mittlerweile habe ich ein bisschen ihre Meinung geändert, ob das wirklich so klug ist.“ Hier findet man die klassische Grenzziehung zwischen den Generationen. Wie konnte Linda ihre Eltern überzeugen? „Die Stadt Wien sagt ja, dass das ganze Projekt eine Entlastung bringt. Dann komme ich mit Studien, dass erwiesen ist, dass in den meisten Fällen mehr Straßen auch mehr Verkehr nach sich zieht.

Und außerdem, dass das Gebiet hier eine sinnvolle Anbindung braucht, aber nicht, indem man es weiter zubetoniert. Eigentlich müsste man ent-betonieren in Österreich.“ Dass neu gebaute Straßen in vielen Fällen nicht entlasten, darauf verweist auch Hermann Knoflacher. Der Verkehrsplaner sieht Stadtstrasse und Lobautunnel als Teil einer europäischen Verkehrsspanne, die die Nordsee bis zum Mittelmeer verbindet und massiv weiteren Individual- und Schwerverkehr anziehen würde.

Für Linda passt das Projekt eigentlich nicht zur Stadt Wien, die ja auch viele gute Dinge mache. „Über das Klima zu reden und stolz zu sein auf Wien als tolle, grüne Stadt und zugleich solche neuen Autobahnen zu planen, da fehlt mir das Verständnis.“

Umdenken findet statt

Was muss man eigentlich mitnehmen, wenn man hier übernachtet? Es ist jetzt schon tagsüber verdammt kalt. „Die ersten Wochen war es ja noch warm, da hat ein Schlafsack und eine Isomatte gereicht. Mittlerweile haben wir den Turm, der ist isoliert, da ist es wirklich warm. Da kriegt es in der Nacht nicht unter 8 oder 10 Grad. Wir haben mittlerweile auch Matratzen drinnen. Und wir haben auch haufenweise Winterschlafsäcke, die gespendet wurden. Also für alle, die kommen wollen: man braucht nicht wirklich etwas mitnehmen. Wir sind ausgerüstet.“ Für die Schülerin steht fest, dass wir ein Um-

denken live erleben: „Eine jüngste Umfrage zeigte, dass ein Großteil der Österreicher gar keine neuen Autobahnen mehr will. Ich sehe die Lobau-Autobahn als Wendepunkt, ob wir das Ziel der 1,5 Grad Klimaerwärmung noch einhalten können oder nicht. Was macht man mit der Autobahn, wenn man wirklich die 1,5 Grad einhalten will?“

Wir leben hier eine Utopie

Ein Beispiel für dieses Umdenken ist Malve (Aktionsname, Anm.). Sie ist über die großen Demos am 15. März 2019 für Klimafragen sensibilisiert worden, als in Österreich 20.000 Schüler*innen auf die Straße gingen. Damals kam sie aus Neugierde mit einer Schulfreundin mit. Erst danach hatte sie sich eingehender über die Sache informiert. „Klassisch“, wie Malve lächelnd meint. „Dann war ich jeden Freitag bei den Demos dabei.“ Malve hatte ein Jahr Chemie studiert, dann aber abgebrochen. In diesem Betrieb ist man nur eine Nummer, sagt sie. Nun also Besetzung. „Wir leben hier eine Utopie, wir leben frei, wir bilden uns gegenseitig weiter. Das ist viel mehr Wert.“ Was macht diese Utopie hier auf der Baustelle aus? „Das Gemeinsame, alles gemeinsam zu machen. Hier wird niemand allein gelassen, auch wenn es jemand einmal schlecht geht. Das hat man in der Welt nicht.“ An ihren Erfolg glaubt Malve. „Noch ist kein Meter betoniert“, sagt sie. Sie werden weiter mobilisieren, dass es so bleibt.

POPULÄRKULTUR

Neues aus der Parallelgesellschaft

Österreichische Muslime werden oft als religiöse Fanatiker oder als Parallelgesellschaftler portraitiert, den Durchschnitt sucht man vergeblich. Ein persönlicher und humorvoller Blick auf den Alltag einer wienerisch-muslimischen Suderantin.

TEXT: NOUR EL-HOUDA KHELIFI

Gender-Pay Gap; die #MeToo-Debatte; Freizügigkeit oder Bedeckung; die generelle Gleichstellung von Mann und Frau in unserer Gesellschaft. Das alles sind Diskurse, die besonders in den vergangenen Jahren verstärkt geführt wurden und polarisieren. Die hohe Zahl an Femiziden in Österreich allein 2021 ist erschreckend hoch und zeigt, wie gefährlich es sein kann, mit dem falschen Geschlecht geboren zu werden. Ob Patriarchat, Sexismus oder toxische Männlichkeit – die Folgen spüren in erster Linie junge Mädchen und Frauen. Klar, Schutz vor gefährlichen Männern durch Frauenhäuser, Selbstverteidigungskurse und Workshops sind bitter nötig. Noch notwendiger sind aber Maßnahmen für Jungs und Männer, welche einen sensibleren Zugang zu ihrer Männlichkeit brauchen und Gefühle anders kanalisieren als durch psychische oder körperliche Gewalt. Dass Machtmissbrauch oft mit Sexismus und sexueller Belästigung einhergeht und oft jahrelang im Verborgenen bleibt, zeigt insbesondere der Skandal rund um *Österreich-Herausgeber* Wolfgang Fellner, welcher zwei Frauen am Arbeitsplatz sexuell belästigt haben soll.

Das Patriarchat

Auch in der muslimischen Community werden die Stimmen immer lauter, sich mit feministischen Diskursen und der Intersektionalität zu befassen. Von letzterer ist die Rede, wenn ich beispielsweise nicht nur als Frau, sondern als muslimische Frau diskriminiert werde. Diese Mehrfachdiskriminierung erleben in Österreich lebende muslimische Frauen seit jeher, insbesondere diejenigen, die ein Kopftuch tragen. Dass diese Kopftuchdebatten im Kern also nichts anderes als purer Sexismus sind, ist kein Geheimnis. Männer haben Frauen nicht vorzuschreiben, was und wie viel sie anzuziehen haben. Diese Diskurse sind mittlerweile auch in der muslimischen Community durchgedrungen.

Die Islamische Glaubensgemeinschaft (IGGÖ) hat im Oktober erstmals eine Aktionswoche mit dem Titel „Creating Spaces – Entfaltungsräume für muslimische Mädchen und Frauen“ organisiert, um ein Bewusstsein zu schaffen rund um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern innerhalb der muslimischen Community. In Workshops und Paneldiskussionen ging darum, Probleme offen zu benennen. Für eine wirkliche Veränderung des Status Quo ist es



Illustration: Petja Dimitrova

dringend nötig, proaktiv zu sein und selbst die Baustellen zu erkennen, anstatt zu warten, bis der Boulevard diese Probleme aufgreift und aus dem Kontext reißt. Sexistische und patriarchale Strukturen sind tief verankert in diesem Land und ziehen sich durch alle sozialen Schichten und Communities.

Dass die IGGÖ ein neues Referat für Gleichbehandlung und Frauenförderung einrichten möchte, ist zu begrüßen. Zu hoffen ist, dass damit ein Wandel beginnt und das nicht bloß für performative Zwecke stattfindet.

Es ist also gut, dass das Kind endlich beim Namen genannt wird und selbst eine Instanz wie die IGGÖ die patriarchalen und sexistischen Strukturen in muslimischen Kreisen erkannt hat. Andererseits ist es aber genauso wichtig darauf hinzuweisen, dass die eigentliche Arbeit und Aufklärung erst bevorsteht. Das bedeutet einen Prozess, der viel aufwühlen und hochholen wird und sicher ungemütlich ist. Aber genau dann, wenn es ungemütlich wird, passiert auch Veränderung. Und diese Veränderung haben wir nicht nur in der muslimischen Community bitter nötig, sondern in ganz Österreich. Denn jeder Femizid ist einer zu viel.

POPULÄR GESEHEN

Kopf, Hand,
Fuß, Herz

Immer noch trennt Österreich Kinder zu früh im Schulbetrieb. Je früher die Trennung, desto weniger spielt der Leistungsaspekt eine Rolle.

EINE KOLUMNE VON MARTIN SCHENK
Illustration: Petja Dimitrova

Sama kommt gern zur Lernbegleitung. Sie hat einiges an Lernstoff nachzuholen. Zu Hause gibt es wenig Platz, um sich zu konzentrieren. Die Wohnung mit ihren zwei Geschwistern ist klein und eng. Die Eltern können nicht beim Lernen helfen, mit dem geringen Einkommen geht sich das Notwendigste gerade aus. 27 Prozent aller Eltern würden für ihr Kind gern Nachhilfe bekommen, können sich diese aber nicht leisten. Corona hat ein bekanntes Problem verschärft. In der Lernbegleitung machen sie viele bunte Sachen. Memory spielen, einen Aufsatz schreiben, Mathe-Beispiele durchgehen, für ein Theaterstück proben, ein Bühnenbild malen, einen Ausflug ins Museum unternehmen, gemeinsam singen. Sama macht Fortschritte – so zu lernen, das bringt etwas. Da sind Kopf, Hand, Fuß und Herz gefragt. Der Kopf für Rechnen und Sprachen lernen; die Hand für praktisches Tun und malen; der Fuß für Bewegung und um Ausflüge zu machen; und nicht zuletzt das Herz, das Gemeinschaft erlebt und an Begegnungen wächst. All das braucht es fürs gute Lernen. Das gilt auch für eine gute Schule: Kopf, Hand, Fuß und Herz. Selbstverständlich ist das



Martin Schenk ist Sozialexperte der Diakonie Österreich.

nicht. Das zeigen die hohen Nachhilfekosten und der große Aufwand außerschulischer Lernbetreuung. Sama zeigt mir ihr Schulzeugnis der 4. Klasse Volksschule. Notendurchschnitt 1,2. „Super, da gehst Du jetzt ins Gymnasium?“ Sama schüttelt den Kopf, „Nein, im Halbjahreszeugnis hab ich zu schlechte Noten gehabt.“ Damit muss man sich aber bei den höheren Schulen bewerben. Sama schreibt jetzt noch mit ihrer Lernbegleiterin Briefe an die Gyms in ihrem Bezirk. Immer noch trennt Österreich die Kinder zu früh. Je früher die Trennung, desto weniger spielt der Leistungseffekt eine Rolle, desto stärker wirkt der soziale Hintergrund bei der Bildungsentscheidung. Schülerinnen wie Sama werden da echt allein gelassen. Zum Glück gibt es die Lernbegleitung, die sie unterstützt und konkrete Menschen, die ihr helfen. Viele, die trotz aller Hindernisse einen Bildungsabschluss geschafft haben, erzählen von solchen Personen, die einfach da waren und ihnen etwas zugetraut haben: wie die Frau von der Bücherei, der Fußballtrainer, der Nachbar gegenüber, die Lernbegleiterin. Sie alle waren da – mit Kopf, Hand, Fuß und Herz.

POLIZEIKOLUMNE

DSN: Mehr als
ein Türschild?

Mit 1. Dezember hat der Verfassungsschutz einen neuen Namen. Wird er auch professioneller?

POLIZEIKOLUMNE - PHILIPP SONDEREGGER
BEOBACHTET DIE STAATSGEWALT.
Illustration: Petja Dimitrova

Mit 1. Dezember wird das Bundesamt für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung (BVT) zur Direktion für Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN). Stationiert bleibt der Verfassungsschutz zunächst am Rennweg. Ändert sich nun mehr als bloß das Türschild? Spätestens als Polizist*innen im Februar 2018 die BVT-Zentrale stürmten, war der Ruf des BVT ruiniert. Die Bevölkerung wunderte sich über immer neue Kuriositäten, die mit dem parlamentarischen Untersuchungsausschuss ans Tageslicht traten – befreundete Dienste legten die Kooperation ruhend. Dabei erwiesen sich nicht bloß die Umstände der BVT-Razzia als maximal fragwürdig. Auf der Suche nach „Schwarzen Netzwerken“ fanden die Abgeordneten zahlreiche Hinweise auf parteipolitischen Missbrauch. Die Türkis-Grüne Koalition hat in ihrem Abkommen die Neuaufstellung der Behörde vereinbart. Das Vertrauen von Bevölkerung und Partner*innen zurück zu gewinnen, wurde als Hauptziel ausgegeben. „Professionalisierung“ lautete das Leitmotiv für die Errichtung eines sauberen Dienstes. Parteipo-

CLARTEXT



Philipp Sonderegger ist Menschenrechtler, lebt in Wien und bloggt auf phsblog.at.



Clara Akinyosoye ist Journalistin bei orf.at und Ex-Chefredakteurin von M-Media.

Vertane Chance

Der schreckliche Terroranschlag vor einem Jahr in Wien hätte eine Chance bieten können, zu zeigen, dass Muslim*innen und der Islam zu Österreich gehören.

CLARA AKINYOYOYE SAGT ES NICHT DURCH DIE BLUME. EINE KOLUMNE ÜBER DIVERSITÄT UND MIGRATION. Illustration: Petja Dimitrova

litik sollte keine Rolle mehr spielen. Ein erster Teil der Reform wurde schon im Sommer umgesetzt. Die Personalrekrutierung sollte objektiviert, die Ausbildung verbessert und Kandidat*innen genauer überprüft werden. Hinzu kommen jetzt mehr parlamentarische Kontrolle und ein neues Aufsichtsgremium. Auch eine Öffnung zur Wissenschaft soll die Qualität der Arbeit stärken.

Bei der Beschlussfassung des neuen Gesetzes Anfang Sommer gab es viel Lob aus allen Parteien. Die aktive Einbeziehung der Opposition wurde als Beleg für ehrliche Absichten und Grundstein für neues Vertrauen gesehen. Doch nun missglückt der Start. Bei der Bestellung der Direktoren (sic!) kritisierte die Opposition parteipolitische Nähe. Der neue Direktor Omar Hajjawi-Pirchner hatte mit ÖVP-Weste für Integrationsministerin Susanne Raab wahlgekämpft, wie ein Foto zeigt. Einer seiner Stellvertreter arbeitete in deren Kabinett. Da wird viel Porzellan zerschlagen, aber vielleicht ist eine entpolitisierte Polizei in Österreich zu viel verlangt.

Der österreichische Staat war stets um ein gutes Verhältnis zu den anerkannten Religionsgemeinschaften bemüht. Das muss man Österreich wirklich lassen. Ob ÖVP-Klubobmann Andreas Khol seinerzeit mit jungen Muslim*innen plauderte oder rote Spitzenpolitiker – alle hatten sie verinnerlicht, dass ein gewisses Maß an Nähe und Zusammenarbeit auch mit nicht-katholischen Religionsgemeinschaften geboten ist. In der jüngeren Geschichte lässt sich eine jähe Abkehr von diesem guten Stil erkennen. Es begann sicherlich damit, dass sich 2015 in der muslimischen Gemeinde Widerstand gegen das neue Islamgesetz breit machte. Widerstand, der vom Message-Control-Team des damaligen Integrationsministers Sebastian Kurz nicht goutiert wurde. Immer wieder bedienten sich v.a. ÖVP-Politiker*innen der leidigen Islamdebatte, um von unangenehmen Themen abzulenken. Oft mit Erfolg. Waren es heute Kopftuchverbote in Kindergärten, sollten es morgen Kopftuchverbote in Volksschulen oder Gewalt bei muslimischen Migranten sein. Diskutiert wurde aber meist über und nicht mit Muslim*innen. Denn immer

wieder klagen Vertreter der Islamischen Glaubensgemeinschaft, sie würden in die Ausarbeitung von Gesetzen, die sie selbst betreffen, nicht eingebunden. Das gilt auch für Maßnahmen, der Regierung nach dem Terroranschlag, etwa das Imame-Register oder das verkürzte Prozedere bei Moscheeschließungen. Dass es im Sinne erfolgreicher Extremismusprävention klug wäre, die IGGÖ als Verbündete und nicht als potenzielle Gefahr zu verstehen, sollte eigentlich klar sein. Direkt nach dem Terroranschlag hatten Politiker zuerst sehr besonnen reagiert, die Einheit der Gesellschaft beschworen, eine Politik der Sündenböcke vermieden und sich hinter die muslimische Bevölkerung gestellt. Leider nicht nachhaltig. Muslimfeindliche Übergriffe bleiben unkommentiert, islamfeindliche Stereotype werden weiter forciert. Dabei wäre der 2. November 2020 die Chance für einen Neuanfang gewesen. Klare Kante gegen Extremismus zeigen, und gleichzeitig klar machen, dass Muslime und Musliminnen – ob mit oder ohne Kopftuch – zu Österreich gehören. Dass eine Attacke auf sie eine Attacke auf uns ist. Eine Chance wurde vertan.

POPULÄRKULTUR

BUCH



Die Menschen von Scheibbs

Immer wieder spannend und überraschend, wieviele Menschen sich in Österreich für Migrant*innen engagieren, und zwar (fast) unabhängig davon, wo sie politisch ste-

hen. In Scheibbs zum Beispiel. Eva Hottenroth hat ein „Retter-Syndrom“. Das schreibt sie über sich selbst, weil ihr Mann das von ihr sagt. In einem launigen Text erzählt eine Frau mit viel Zivilcourage, dass ihr etwas an der Stadt und den Leuten liegt, in der sie lebt. Dazu zählen gerade auch Menschen, die erst in jüngster Zeit dazugekommen sind. Einer von denen, die Hottenroth nach Kräften unterstützt, ist Ali Heidari. Aus Afghanistan geflüchtet, findet er in Österreich Zuflucht. Hottenroth begleitet ihn auf Ämter, berichtet davon, wie er Arbeit findet - und wie-

der verliert. In „Die Menschen von Scheibbs“, Band 5 der Reihe „Geschichten der Gegenwart“ findet sich auch der Auszug eines Buches, das Heidari mittlerweile selbst geschrieben hat. Über sein Leben hier und dort, sehr lebendig. Mit vielen persönlichen Eindrücken ist aber auch „Die Menschen von Scheibbs“ entstanden. Öfters wird von niederschwelliger Hilfe erzählt, die durch den Kontakt zu großer persönlicher Anteilnahme führt. Von Alois Höger etwa, Ex-Finanzvorstand, vor dessen Haus jahrelang die „schiache Bruchbude“ stand, in der man „Flüchtlinge“ unterge-

bracht hatte. Höger und andere halfen. Oder von Hubert Guger, Malermeister, der in seiner Pension über sein Engagement für Asylsuchende einen Freund gefunden hat. Lesenswert. So wie übrigens auch Band 4 der Reihe, „Mit hoffnungsvollen Grüßen“. Er versammelt Briefe von Eva Hottenroth, die sie für die NÖN an Politiker*innen geschrieben hat. Ihr Anliegen: Hilfe für Lesbos. Die Antworten? Lesen Sie selbst. (gun)

Ernst Schmiederer (Hg.)

Die Menschen von Scheibbs

Blinklicht Medien 2021

164 Seiten, 17 Euro

FILM



Respect

Sie ist vor drei Jahren gestorben und war zweifellos eine der einflussreichsten Sängerinnen der Geschichte, Aretha Franklin, Queen of Soul.

Unvergesslich ihr Auftritt im Weißen Haus, wo sie für Präsident Barack Obama „(You Make Me Feel Like) A Natural Woman“ singt. Nun hat die südafrikanische Regisseurin Liesl Tommy die Biographie Franklins verfilmt. Sie ist besonders in der Jugend reich an dramatischen Ereignissen. Zwar fehlt Jennifer Hudson das Charisma der von ihr verkörperten Figur. Als „Black history lesson“ gibt „Respect“ aber einige interessante Perspektiven vor. Während Arethas Vater (Forest Whitaker), der Minister in einer Kirche ist, regelmä-

ßig Leute wie Martin Luther King im Haus der Familie versammelt, und Gospel und Gottesdienst allgegenwärtig sind, ist Franklins Leben von einiger Gewalt geprägt. Deutlich öffnet sich hier die Spannung zwischen dem Selbstverständnis eines Mädchens und der späteren öffentlichen Figur, in die Franklin sich erst mit viel Anstrengung wachsen muss. Auch ein Schritt der Emanzipation aus patriarchalen Mustern. „Respect“ handelt aber auch von den gesellschaftlichen Verhältnissen in den USA der Sechziger Jahre, wie sie sich

für Schwarze Menschen dargestellt haben. Die Handlung pendelt zwischen Detroit im Norden, wo Franklin aufgewachsen ist, und der Rückkehr in den „Deep South“, wo Franklin geboren wurde, und nun für Plattenaufnahmen zurückkehrt. Der Film deutet zumindest über die Gefühlslagen seiner Protagonistin die Segregation im Süden an. Leider ist „Respect“ nicht allzu analytisch, dass die Soul- und R&B-Sängerin eine eminent politische Figur wahr, kann man im Film zumindest erahnen. (gun)

Ab 25.11. im Kino.

POPULÄRKULTUR

GRAPHIC NOVEL



Im Spiegelsaal

In Skandinavien ist sie – auch über die Comicszene hinaus – längst ein Superstar: Liv Strömquist. Seitdem ihr Buch „Der Ursprung der Welt“, ein ausgelassener Ritt durch die europäisch-christ-

liche Kulturgeschichte der Vulva, ins Deutsche übersetzt wurde, wächst auch hierzulande die Fangemeinde der schwedischen Künstlerin. In ihrem jüngsten Werk widmet sich die Autorin einem weiteren Allzeit-Burner feministischer Kritik: der als weiblich geltenden Domäne der Schönheit.

Der Tyrannei des Beautykults geht Strömquist (die übrigens auch studierte Politikwissenschaftlerin ist) am Beispiel von historischen wie modernen und fiktiven Figuren nach – von Selbstoptimierungs-Kaiserin Sisi über Instagram-Megastar Kylie Jenner bis hin zur Märchen-

prinzessin Schneewittchen –, gesäumt von Thesen berühmter Denker*innen wie René Girard, Zygmunt Baumann, Simone Weil oder Eva Illouz. Ebenso zu Wort kommen Expertinnen des Alltags – Frauen zwischen 53 und 73 Jahren, die Strömquist in intimen Interviews zu deren Selbstbild befragte.

Vor allem treibt Strömquist die Frage um: Wie gestaltet sich unser Schönheitsempfinden im spätkapitalistischen, digitalen Zeitalter? Die Antworten mögen nicht gänzlich neu und auch lückenhaft sein (wie es sich etwa mit der Wahrnehmung von Schönheit in Verbin-

dung mit Weißsein verhält, bleibt eine auffallende Leerstelle). Mit seinem entlarvenden Witz und Strömquist-typischen räumigen Zeichenstil ist „Im Spiegelsaal“ dennoch eine vergnügliche wie informative Lektüre zu einem Thema, bei dem es nur scheinbar um banale Äußerlichkeiten geht. (Vina Yun)

Liv Strömquist
Im Spiegelsaal
 avant-verlag 2021
 168 Seiten, 20,60 Euro

AUSSTELLUNG



Slavery – An Exhibition of Many Voices

Dass selbst eine große nationale Institution wie das Rijksmuseum in Amsterdam, die üblicherweise Meister

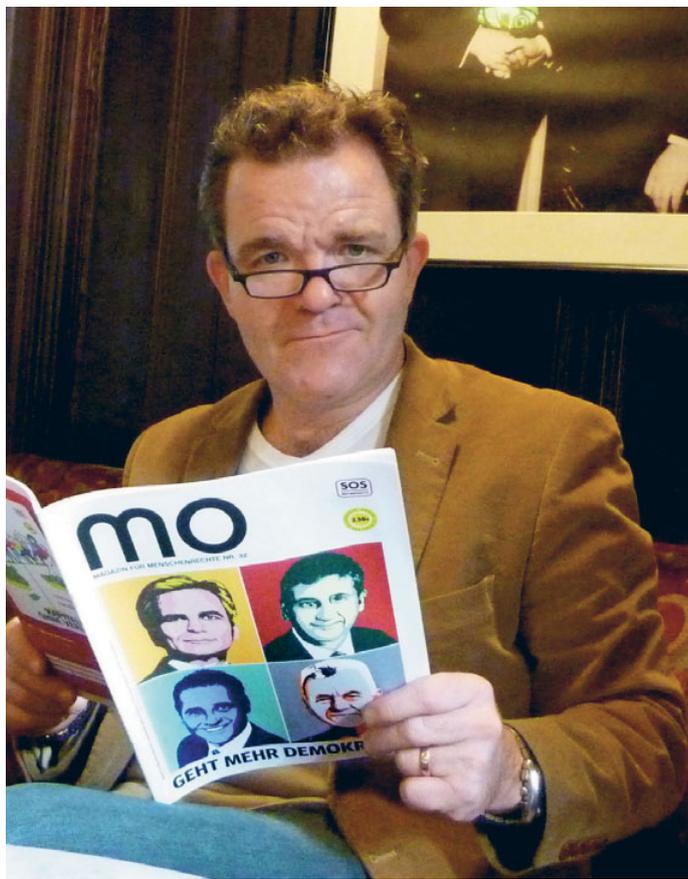
wie Van Gogh und Vermeer verwaltet, auch die düsteren Spuren des eigenen Landes in den Betrieb integrieren kann, zeigt eine aktuelle Ausstellung über Sklaverei. Vorbildhaft ist dabei, wie die Inhalte auch online bearbeitet werden. In „10 People, 10 Stories“ sind zehn Geschichten über zehn Menschen aus dem System Sklaverei als kurze Videos zu sehen. Gemeinsam mit dem vierstündigen Stream des Symposiums „Sources on Slavery and Slave Trade“ und weiteren Formaten soll möglichst konkret gemacht werden, wie Sklaverei

über 250 Jahre integraler Teil der Politik der ehemaligen Kolonialmacht war, die über eine Million Menschen auf diese Weise ausgebeutet hat. Die zehn Geschichten erzählen aus dem Leben von Menschen, die versklavt wurden, von Sklavenhaltern und von Widerstand. Beleuchtet werden auch Spuren der Sklaverei, die heute noch in den Niederlanden zu finden sind. Das gilt auch für Kunstwerke, die Teil des Bestandes des Rijksmuseums selbst sind. Das ist insofern interessant, als der Kontext von Kunstwerken immer wieder neu disku-

tiert werden muss. Während etwa afrikanische Staaten zu meist erfolglos fordern, Exponate aus europäischen Museen, die nichts anderes als Raubkunst sind, restituieren zu bekommen, blieb etwa auch die „Federkrone Moctezumas“ in der ethnographischen Sammlung des Weltmuseum Wiens bis heute in dessen Besitz. Begleitend zur Ausstellung im Rijksmuseum erschien ein Katalog (von Eveline Sint Nicolaas, Valika Smeulders), der vom Verhältnis von Kolonie und Kolonialmacht erzählt. (red)
www.rijksmuseum.nl

**„Menschenrechte gehen
uns alle an. Mir ist die
unabhängige Aufbereitung
von Menschenrechtsthemen
im MO-Magazin von SOS
Mitmensch 86 Euro im
Jahr wert. Ihnen auch?“**

Cornelius Obonya



ABO-BESTELLUNG

MO-Soliabo – 4x jährlich MO lesen um 86 Euro

ZAHLUNGSART

Einziehungsermächtigung (Einzug 1x jährlich)

IBAN

BIC

Vorname, Name

E-Mail

Zahlschein

LIEFERADRESSE

Vorname, Name

Adresse

PLZ | Stadt

E-Mail

E-Mail abo@momagazin.at

Fax 01/524 99 00-9

Post SOS Mitmensch, Zollergasse 15/2, A-1070 Wien



**MO – Die Menschenrechte
im Auge behalten!**

FLUCHT

Humanitäres Aufnahmeprogramm wiederbeleben!

Österreich hat in den vergangenen Jahren alle Programme zur humanitären Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Menschen gestoppt. Im türkisgrünen Regierungsprogramm wird humanitäre Aufnahme nicht einmal mehr erwähnt. Das war früher anders. Österreich ist ein Land mit einer langen humanitären Tradition. Diese humanitäre Tradition will SOS Mitmensch mit einer Aufnahme-Initiative wiederbeleben!

Wir fordern die Wiedereinführung eines österreichischen humanitären Aufnahmeprogramms. Konkret sollen 4.450 besonders verletzte und schutzbedürftige Personen pro Jahr aufgenommen werden. Das entspricht, wie von der deutschen Fachkommission für Fluchtursachen empfohlen, 0,05 Prozent der Bevölkerung.

Ab 2. Dezember auf www.humanitaeraufnahme.at unterzeichnen!



Salma Youssef kam 2015 über ein humanitäres Aufnahmeprogramm nach Österreich.

STAATSBÜRGERSCHAFT

Manipulierte Umfrage und tatenlose Regierung

Es ging ein Raunen durch das Land als im Juni 2021 die Vorschläge der SPÖ für eine erleichterte Einbürgerung bekannt wurden. Unter anderem wurde die #hiergeboren-Forderung von SOS Mitmensch vertreten, dass hier geborene Kinder automatisch die Staatsbürgerschaft erhalten sollen, wenn ihre Eltern schon jahrelang hier leben. Blitzschnell kursierte plötzlich eine Umfrage, laut

der die Vorschläge auf breite Ablehnung in der Bevölkerung stoßen würden. Doch diese Umfrage war manipuliert. Wir gehörten zu den ersten, die diese dubiosen Umfragepraktiken kritisiert haben. Seriöse Befragungen kommen zu einem anderen Ergebnis: Eine Mehrheit spricht sich für die automatische Staatsbürgerschaft für hier geborene Kinder aus, wenn sich ein Elternteil seit min-

destens fünf Jahren legal im Land aufhält. Doch SOS Mitmensch kämpft nicht nur gegen manipulierte Umfragen. Wir sind auch mit einer Bundesregierung konfrontiert, die tatenlos zusieht, wie immer mehr Menschen durch die Nichteinbürgerungspolitik ins Demokratieabseits gedrängt werden. Unser Kampf für ein faires Staatsbürgerschaftsrecht geht weiter!

Erstmals Pass Egal Wahl in Schulen

Bei der oberösterreichischen Landtagswahl hat SOS Mitmensch gemeinsam mit fünf Schulen eine Wahl für Nichtstaatsbürger*innen organisiert. Damit wurde ein Zeichen gegen den Wahl-Ausschluss von über 7.000 jungen Schüler*innen im Wahlalter gesetzt. Viele Schüler*innen haben sich begeistert beteiligt.

Korruption bekämpfen & Justiz schützen

Nur noch bis zum 9. Dezember 2021 – dem Welt-Antikorruptionstag – können Unterstützungserklärungen für das Antikorruptionsbegehren abgegeben werden! Danach ist das erst wieder in der offiziellen Eintragungswoche im Jahr 2022 möglich. SOS Mitmensch unterstützt die Initiative gegen Korruption! Alle Infos: www.antikorrupsionsbegehren.at

FPÖ Steiermark blockiert Ermittlungen

Die FPÖ Steiermark verbreitet nicht nur regelmäßig wüste Hetze, sie deckt auch Verhetzungsstatverdächtige. Nach einer Anzeige von SOS Mitmensch wegen eines Anti-Roma-Hassvideos wollte die Justiz ermitteln. Doch die FPÖ sagt nicht, wer das Video auf ihrer Partei-Facebookseite gepostet hat. Damit blockiert sie die Arbeit der Justiz!



FPÖ deckt Poster von Anti-Roma-Hassvideo.

ANDERE ÜBER...

Erinnern heißt verändern

In der Nacht zum 9. November wurden nach Nazis benannte Straßennamen in Wien mit Namen von Widerstandskämpfer*innen überklebt. Warum wir keine Nazis und Antisemit*innen ehren dürfen.

KOMMENTAR: SASHI TURKOF

Das Gedenken des 9. November nahm dieses Jahr einen ganz neuen Charakter an.

Und ich spreche hier nicht über die Namensmauer, die ebenfalls am diesjährigen 9. November im Ostarrichipark im 9. Bezirk enthüllt wurde. Diese Mauer ist wichtig, vor allem deshalb, weil es das erste von der Republik Österreich errichtete Denkmal gegen Antisemitismus ist. Auch wenn es ein Projekt der schwarz-blauen Regierung war.

Wie gesagt, über dieses Ereignis spreche ich nicht.

Ich spreche davon, dass in der Nacht auf den 9. November 2021 Jüdische Aktivist*innen 23 nach Nazis benannte Straßenschilder mit den Namen von Widerstandskämpfer*innen überklebten.

Junge Jüdinnen und Juden haben die Eigeninitiative ergriffen, wie wir es so oft tun müssen.

Wir kennen das Phänomen nur allzu gut, nicht gehört zu werden und nur dann nach unserer Meinung gefragt zu werden, wenn entweder etwas Schreckliches geschehen ist, oder es gerade gut ins politische Programm passt.

Eine Entscheidung, die weh tut

Der 9. November wird in Österreich sehr groß geschrieben. Es ist ein Tag, an dem obligatorisch erinnert wird, fast so, als gäbe es kein Morgen. Und das ist der springende Punkt. Antisemitismus hört nämlich am 10. November nicht auf, jedenfalls nicht für uns. Wir müssen auch nach dem 9. November, dem 27. Jänner und dem 12. März gegen die antisemitischen Strukturen dieses Landes und dieser Gesellschaft kämpfen.

Wir müssen an allen Tagen im Jahr damit leben, dass dutzende Straßen in Wien nach Nationalsozialisten und Antisemit*innen benannt sind. Und die textliche Kontextualisierung eines Straßennamens, die lediglich darauf hinweist, wer diese Person war, die hier geehrt wird, ist ein Akt der Akzeptanz und der Hinnahme. Es ist das Hindeuten auf ein Problem, ohne es beheben zu wollen. Es ist eine Entscheidung, die wehtut.

Aber wie Alexia Weiß in ihrem Artikel in der Wiener Zeitung schreibt: „Erinnern muss nachhaltig gedacht werden.“ Erinnern muss in die Zukunft schauen und auch dann funktionieren, wenn wir nicht mehr das Privileg haben, Sho-

ah-Überlebenden zuzuhören, da es sie schlicht und einfach nicht mehr gibt.

Eigene Normen und Privilegien hinterfragen

Erinnern heißt verändern. Es heißt die unangenehme, vielleicht auch schmerzhafteste Arbeit zu leisten, seine Privilegien und Normen zu hinterfragen und die Geschichte seiner Heimat und seiner Familie aufzuarbeiten. Erinnern heißt, sich zu fragen warum die eigene Wohnstraße nach einem Mann (wie meistens) benannt ist, der aktiv dazu beigetragen hat, dass Jüdinnen und Juden systematisch ermordet wurden. Es heißt, sich damit auseinanderzusetzen, wem diese Stadt welchen Raum gibt.

Wir müssen „Erinnern“ strukturell denken und dort ansetzen wo es auch noch am 10. November ein Bewusstsein dafür gibt, dass wir unter keinen Umständen Nazis und Antisemit*innen in unserer Stadt und sonst wo ehren dürfen.

Sashi Turkof ist die Präsidentin der Jüdischen österreichischen Hochschüler:innen. Sie ist 20 Jahre alt, studiert Bildungswissenschaft und ist Künstlerin.



Foto: Getty Images

Wohnen: Kostenlose Vermittlung im Streitfall

Die Schlichtungsstelle verhilft Menschen in wohnrechtlichen Angelegenheiten unbürokratisch und schnell zu ihrem Recht.

Böse Überraschung bei der Betriebskostenabrechnung? Jahrelang zu viel Miete bezahlt? Probleme mit Vermieter*in oder Mieter*in? Streit um die Reparatur desolater Fenster? Die Wiener Schlichtungsstelle kann kostenlos helfen. Sie ermöglicht meist eine schnelle und unbürokratische Erledigung von speziellen wohnrecht-

lichen Angelegenheiten. Außerdem können sich die Parteien so mögliche Gerichtskosten sparen.

ZEIT, GELD & NERVEN SPAREN

Die Schlichtungsstelle ist unparteiisch. Sie ist immer auf der Suche nach einer Einigung innerhalb des geltenden Rechts – sowohl für Mieter*innen

als auch für Vermieter*innen. Einen Antrag auf Überprüfung von Angelegenheiten rund ums Wohnrecht kann jede*r kostenlos stellen. Derzeit erfolgt der Parteienverkehr überwiegend telefonisch. Allgemeine Anfragen werden beim Infopoint unter der Nummer 01/4000-74498 entgegengenommen.



APPELL AN DIE REGIERUNG:

**Humanitäre Aufnahme
von besonders
schutzbedürftigen
Menschen wieder einführen!**

AB 2. DEZEMBER UNTERZEICHNEN:

Erwecken wir die
humanitäre Tradition Österreichs
wieder zum Leben!

www.humanitaere-aufnahme.at

#HUMANITÄREAUFNAHME

Spendenkonto: IBAN: AT87 6000 0000 9100 0590 | BIC: BAWAATWW